

INTOSAI



# **Z** INTERNATIONALE **Zeitschrift**

für STAATLICHE FINANZKONTROLLE



Juli 2008

Juli 2008

Vol. 35, No. 3



# INTERNATIONALE Zeitschrift

FÜR STAATLICHE FINANZKONTROLLE

©2008 International Journal of Government Auditing, Inc.

## Redaktionsbeirat

Josef Moser, *Präsident, Rechnungshof, Österreich*  
Sheila Fraser, *Auditor General, Kanada*  
Faiza Kefi, *First President, Cour des Comptes, Tunesien*  
Gene Dodaro, *Acting Comptroller General, Vereinigte Staaten von Amerika*  
Clodosbaldo Russián Uzcátegui, *Comptroller General, Venezuela*

## Präsident

Helen H. Hsing (U.S.A.)

## Chefredakteur

Donald R. Drach (U.S.A.)

## Redaktionelle Mitarbeiter

Linda J. Sellevaag (U.S.A.)  
Christopher Lyons (U.S.A.)

## Außenredakteure

Office of the Auditor General (Kanada)  
Khalid Bin Jamal (ASOSAI-Indien)  
Luseane Sikalu (SPASAI-Tonga)  
CAROSAI Sekretariat (St. Lucia)  
EUROSAI Generalsekretariat (Spanien)  
Khemais Hosni (Tunesien)  
Yadira Espinoza Moreno (Venezuela)  
INTOSAI Generalsekretariat (Österreich)  
U.S. Government Accountability Office (USA)

## Verwaltung

Sebrina Chase (USA)  
Paul Miller (USA)

## Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Arturo González de Aragón, *Auditor General, Auditoría Superior de la Federación, Mexiko, Vorsitzender*  
Terence Nombembe, *Auditor-General, Office of the Auditor-General, Südafrika, Erster Stellvertretender Vorsitzender*  
Osama Jaffer Faquih, *President, General Auditing Bureau, Saudi Arabien, Zweiter Stellvertretender Vorsitzender*  
Josef Moser, *Präsident, Rechnungshof, Österreich, Generalsekretär*  
Li Jiayi, *Auditor General, National Audit Office, China*  
Paul R.S. Allsworth, *Director of Audit, Cook-Inseln*  
Ziriyo Bogui, *President, Chambre des Comptes, Côte d'Ivoire*  
Vinod Rai, *Comptroller and Auditor General, Indien*  
Yun-Churl Jeon, *Chairman, Board of Audit and Inspection, Korea*  
Ali Al-Hesnawi, *Auditor General, General People's Committee of Institution for Auditing and Technical Supervision, Libysch Arabische Dschamahirija*  
Luis A. Montenegro Espinoza, *President, Consejo Superior de la Contraloría General, Nicaragua*  
Jørgen Kosmo, *Auditor General, Riksrevisjonen, Norwegen*  
Sergey Vadimovich Stepashin, *Chairman, Accounts Chamber, Russische Föderation*  
Albert Edwards, *Director of Audit, National Audit Office, St. Kitts und Nevis*  
Árpád Kovács, *President, Allami Számvevőszék, Ungarn*  
Clodosbaldo Russián Uzcátegui, *Comptroller General, Venezuela*  
Tim Burr, *Comptroller and Auditor General, National Audit Office, Vereinigtes Königreich*  
Gene Dodaro, *Comptroller General, Government Accountability Office, Vereinigte Staaten von Amerika*

Die *Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle* wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mit Hilfe von Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. der Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion (editorial offices) erbeten:

U.S. Government Accountability Office  
Room 7814, 441 G Street, NW  
Washington, D.C. 20548  
U.S.A.  
(Tel: 202-512-4707; Fax: 202-512-4021;  
e-mail: [intosaijournal@gao.gov](mailto:intosaijournal@gao.gov))

Da diese *Zeitschrift* vor allem in den weniger entwickelten Ländern auch als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören beispielsweise Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewusst verzichtet.

Die *Zeitschrift* wird an die Mitglieder der INTOSAI und andere Interessierte unentgeltlich verteilt. Die *Zeitschrift* ist in elektronischer Form unter [www.intosai.org](http://www.intosai.org) sowie unter folgender e-Mail-Adresse [spel@gao.gov](mailto:spel@gao.gov) erhältlich.

Alle in dieser *Zeitschrift* erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen Accountants' Index und in den Management Contents bibliographisch erfasst. Bestimmte Beiträge werden auszugsweise auch durch die Anbar Management Services, Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, U.S.A., veröffentlicht.

## Inhalt

Leitartikel .....	1
Neues in Kürze .....	3
Einsatz von Geoinformationssystemen zur Prüfung von Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung .....	6
Prüfung der Maßnahmen für die berufliche Eingliederung Schwerbehinderter durch den britischen Rechnungshof .....	13
VII. EUROSAI-Kongress in Polen .....	18
Der Strategische Plan im Brennpunkt .....	25
INTOSAI Intern .....	28
IDI Update .....	31
INTOSAI Kalender .....	33

<http://www.intosaijournal.org>



**Arturo González de Aragón**

*Präsident des mexikanischen Rechnungshofs und Vorsitzender des INTOSAI Präsidiums*

Ich möchte an dieser Stelle meinen Dank aussprechen, dass ich die Gelegenheit erhalte, den Lesern dieses Journals einige Gedanken über Gegenwart und Zukunft unserer großartigen Organisation und gemeinsamen Aufgaben und Bestrebungen mitzuteilen.

Die weltweiten Entwicklungen der heutigen Zeit stellen die Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) vor völlig neue Herausforderungen: die Dynamik, die die Globalisierung für die internationalen Beziehungen mit sich bringt; weltweite Phänomene, wie beispielsweise der Klimawandel, die Ölpreise oder die Nahrungsmittelkrise; revolutionäre Fortschritte auf dem Gebiet der Kommunikation und Informationstechnologie; Demokratisierungsprozesse und der Kampf um die internationalen Märkte. All dies verlangt, dass wir unsere bisherigen Denkmuster verändern, um die enormen Herausforderungen heute und in Zukunft bewältigen zu können.

Darüber hinaus steckt in all dem eine wichtige Erkenntnis: Wenn wir den Verlauf der Dinge aktiv beeinflussen möchten, anstatt nur auf sie zu reagieren, dann müssen wir mit den Veränderungen Schritt halten. Die Zukunft wartet gewiss nicht auf uns.

Sie stellt uns aber nicht nur vor komplexe Probleme, sondern gibt uns auch neue Mittel und Wege an die Hand. Bei der Bewältigung dieser Aufgaben dürfen wir niemals selbstgefällig sein, sondern müssen uns über die langfristigen Auswirkungen unseres Handelns im Klaren sein und nach Lösungen suchen, von denen auch die künftigen Generationen noch profitieren können. Ihnen gehört die Zukunft, und ihnen gegenüber haben wir eine große Verantwortung. Alles was wir heute tun, wird die neue Welt, die wir schaffen, erheblich beeinflussen.

In dieser Kette von Ursache und Wirkung nimmt die öffentliche Finanzkontrolle eine Schlüsselrolle ein beim Aufbau freier, demokratischer und gedeihender Staaten. Wir sind in der Pflicht, den uns von der Gesellschaft übertragenen Auftrag mit Eifer und Verantwortungsbewusstsein zu erfüllen. Um dieses Ziel zu erreichen, können wir uns auf das Talent und den Willen sowohl unserer Bürger als auch der unserer Partnerorganisationen auf der ganzen Welt verlassen, die ohne Unterlass nach Verbesserungen streben zum Wohle der Gesellschaft, in der sie leben und der sie dienen.

INTOSAI ist eine Organisation, die auf dem Prinzip der Gleichheit aufgebaut ist. Jedes unserer Mitglieder hat das gleiche Stimmrecht, ganz gleich wie hoch der gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungsstand des jeweiligen Landes ist, welche Sprache dort gesprochen wird oder welches Mandat erfüllt wird. Dieses Gleichheitsprinzip war für alle Teilnehmer des letztjährigen INCOSAI in Mexiko offensichtlich. Zu wissen, dass verantwortungsbewusste und wohlwollende Menschen aus allen Teilen der Welt dazu bereit waren, ihre Erfahrungen und ihr Wissen mit anderen zu teilen und dabei voneinander zu lernen war eine der größten Stärken dieser Veranstaltung. Bedeutende Maßnahmen sind eingeleitet worden, um die Richtlinien des strategischen Plans von INTOSAI für den Zeitraum 2005 bis 2010 umzusetzen und diese globalen Bestrebungen erfolgreich zu gestalten. Regionale Arbeitsgruppen, Ausschüsse, Unterausschüsse und Projektgruppen haben ihre Arbeit in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich fortgesetzt. Es ist wirklich höchst befriedigend eine aktive Rolle bei den Bemühungen zu spielen, führende Experten aus aller Welt zusammenzubringen, um die Aufgaben, die uns wichtig sind, anzugehen.

INTOSAI kann ihr Ziel, eine internationale Modellorganisation zu werden, erreichen, wenn die ORKB ihren internationalen Austausch noch weiter intensivieren, sich die Verfahren aneignen und sich über neue Methoden zur wirksamen Prüfung der öffentlichen Mittel auf dem laufenden halten. Die Synergieeffekte, die durch Einbeziehung dieser Anstrengungen in den Rahmen unseres strategischen Plans gewonnen wurden, haben es uns ermöglicht, messbare Erfolge zu erzielen. Wenn wir diesen Weg weiter beschreiten, zählen wir auf das Engagement und die Bemühungen der gesamten INTOSAI Gemeinschaft, um diese gemachten Fortschritte auszubauen.

Kennzeichen der gegenseitigen Beziehungen unter den INTOSAI Mitgliedstaaten sind Solidarität und der Wille, anderen ORKB, die Unterstützung benötigen, zu helfen. Heutzutage sind Professionalität, Fachwissen sowie Servicequalität wesentlich für die wirksame und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung. Daher sind auch die Austauschprogramme der ORKB so wichtig, denn sie tragen dazu bei, dass Erfahrungen geteilt und so zu einer gemeinsamen Ressource werden. Durch diese Kontakte widmen die weiter entwickelten ORKB ihren Partner ORKB ihr volles Engagement. Wir müssen weiterhin die Entwicklung gemeinsamer Ergebnisse fördern, genauso wie die Ausarbeitung neuer Methoden, die Einbeziehung der Informationstechnologie, und natürlich die weitest mögliche Verbreitung vorbildhaften Verwaltungshandelns innerhalb unserer Gemeinschaft.

---

*Fortsetzung auf S 12*

# NEUES

IN

# Kürze



## *China*

### **Neuer Präsident des chinesischen Rechnungshofes ernannt**

Im März 2008 wurde im Rahmen der ersten Plenarsitzung des 11. Nationalen Volkskongresses Liu Jiayi zum Präsidenten des chinesischen Rechnungshofes (CNAO) berufen. Liu war seit September 1996 Vizepräsident des chinesischen



Liu Jiayi

Rechnungshofes. Von 1980 bis 1992 war er in verschiedenen Funktionen bei einer regionalen Rechnungskontrollbehörde in Sichuan tätig und war anschließend stellvertretender Generaldirektor der Außenstelle Chengdu des CNAO. Von 1992 bis 1996 war er zunächst stellvertretender Leiter und später Leiter der Abteilung Wirtschaft des CNAO.

Liu hat die Entwicklung vieler Gesetze, Verordnungen, Methoden und Handbücher zur externen Finanzkontrolle in China begleitet. Er leitete große Forschungsprojekte in den Bereichen Kreditmanagement von Banken, Wirtschaftlichkeitsprüfung öffentlicher Ausgaben und Datenerhebung und -aufbereitung für IT-Prüfungen. Er ist Autor mehrerer Bücher zu Themen wie staatliche Wirtschaftskontrolle und öffentliche Finanzwirtschaft, Ausgabenprüfung und Grundlagen der Wirtschaftlichkeitsprüfung. Viele seiner Artikel wurden in führenden chinesischen Fachzeitschriften veröffentlicht. Liu ist Doktor der Wirtschaftswissenschaft und Honorarprofessor an mehreren chinesischen Universitäten. Er gehört derzeit dem Gremium der externen Prüfer der Vereinten Nationen an, ist Präsident

von ASOSAI und Vorsitzender der ASOSAI-Arbeitsgruppe Umweltprüfung.

Weitere Informationen finden sich unter:

E-mail: [cnao@audit.gov.cn](mailto:cnao@audit.gov.cn)  
Website: [www.audit.gov.cn](http://www.audit.gov.cn)

## *Kanada*

### **Neuer Beauftragter für Umwelt und Nachhaltigkeit**

Im Mai 2008 wurde Scott Vaughan zum neuen Umwelt- und Nachhaltigkeitsbeauftragten des kanadischen Rechnungshofes ernannt. Er ist zuständig für das Nachhaltigkeitsmonitoring von Entwicklungsstrategien, bearbeitet im Auftrag des Rechnungshofpräsidenten umweltbezogene Prüfungsbitten und prüft die Aufgabenwahrnehmung der kanadischen Regierung in den Bereichen Umwelt und Nachhaltigkeit.

Vaughan arbeitet seit über 20 Jahren auf dem Gebiet der Umweltökonomik. Vor seiner Tätigkeit am Rechnungshof war er bei der Organisation Amerikanischer Staaten tätig, wo er seit 2003 die Leitung der Abteilung für

Nachhaltigkeit inne hatte. Zuvor betrieb er Forschungen an der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden in Washington, war Leiter des Umwelt-, Wirtschafts- und Handelsprogramms der Nordamerikanischen Kommission für Umweltpolitische Zusammenarbeit in Montreal sowie Berater für Umweltfragen bei der Welthandelsorganisation. Außerdem bekleidete er mehrere Posten im Umweltprogramm der Vereinten Nationen.

Sein an der London School of Economics and Political Science absolviertes wirtschaftswissenschaftliches Hochschulstudium ergänzte er durch Studienaufenthalte in Edinburgh, Dalhousie und Mount Allison.

Scott Vaughan ist der Nachfolger von Ron Thompson, der sich nach 31 Jahren im Dienste des kanadischen Rechnungshofes in den Ruhestand begeben hat. Thompson fungierte zwischen Januar 2007 und Mai 2008 als kommissarischer Umwelt- und Nachhaltigkeitsbeauftragter und war seit 1985 Abteilungsleiter des Rechnungshofes. 1999 übernahm er das Referat für Internationale Angelegenheiten und war INTOSAI-Ansprechpartner. Er leistete u.a. einen bedeutenden Beitrag zum internationalen Ausschuss für die Standardisierung im Rechnungswesen und arbeitete am strategischen Plan der INTOSAI mit.

Thompson empfing im Namen des Rechnungshofs internationale

Delegationen. Er war u. a. auch für die Umsetzung von Projekten zum Ausbau der ORKB-Sachkompetenzen zuständig, die von der kanadischen Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit finanziert wurden, und unterstützte aktiv die jährlichen Praktikumsprogramme des kanadischen Rechnungshofes für Prüfer aus Entwicklungsländern.

Für nähere Informationen wenden Sie sich bitte an den kanadischen Rechnungshof:

E-mail: [communications@oag-bvg-gc.ca](mailto:communications@oag-bvg-gc.ca)  
Website: [www.oag-bvg.gc.ca](http://www.oag-bvg.gc.ca)

---

## *Kuwait*

### **Bilaterales Kooperationsabkommen mit Kasachstan**

Im Mai 2008 empfing der Rechnungshof von Kuwait den Präsidenten des Rechnungshofes der Republik Kasachstan zu einem offiziellen Besuch. Der Präsident und seine Delegation informierten sich während des Besuchs über die Prüfungserfahrungen des kuwaitischen Rechnungshofes und seine Beziehungen zum Gesetzgebungsorgan. Die beiden ORKB vereinbarten eine engere Zusammenarbeit und unterzeichneten ein bilaterales Kooperationsabkommen.

Weitere Informationen sind beim Rechnungshof von Kuwait erhältlich:

E-mail: [training@sabq8.org](mailto:training@sabq8.org)  
Website: [www.audit.kuwait.net](http://www.audit.kuwait.net)

---

## *Neuseeland*

### **Aktuelle Berichte des neuseeländischen Rechnungshofes im Parlament vorgestellt**

Drei aktuelle Berichte, die die neuseeländische ORKB im Parlament vorgestellt hat, könnten auch für andere ORKB von Interesse sein. Sie sind auf der Website des Rechnungshofes verfügbar.

Ein Leitfaden mit dem Titel „Beschaffung, Zuwendungen und Geschenke im öffentlichen Sektor: Finanzierungsvereinbarungen mit Dritten“ erläutert die Grundlagen verschiedener Finanzierungsvereinbarungen und Vorgaben, deren Bedingungen die öffentlichen Einrichtungen bei der Planung und dem Abschluss solcher Vereinbarungen zu beachten haben. Der Leitfaden ist verfügbar unter [www.oag.govt.nz/2008/funding-arrangements/](http://www.oag.govt.nz/2008/funding-arrangements/).

Die ORKB hat auch den Good Practise-Leitfaden von 2001 zum Thema Beschaffung mit dem Titel: „Leitfaden öffentliche Beschaffung“ überarbeitet. Er ist verfügbar unter [www.oag.govt.nz/2008/procurement-guide/](http://www.oag.govt.nz/2008/procurement-guide/).

Ein dritter Bericht, „Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen - Grundlagen und Praxis“ beschreibt, wie eine öffentliche Stelle die Grundlagen zur Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen umgesetzt hat. Er ist verfügbar unter [www.oag.govt.nz/2008/ngos-practice/](http://www.oag.govt.nz/2008/ngos-practice/).

Weitere Informationen sind beim neuseeländischen Rechnungshof erhältlich:

E-mail: [enquiry@oag.govt.nz](mailto:enquiry@oag.govt.nz)  
 Website: [www.oag.govt.nz](http://www.oag.govt.nz) und  
[www.auditnz.govt.nz](http://www.auditnz.govt.nz)

## *Vereinigte Staaten von Amerika*

### **Positive Beurteilungen bei den Peer Reviews über Wirtschaftlichkeits- und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen des GAO**

Im Rahmen des Systems der Qualitätssicherung des GAO wurden im Juni 2008 zwei Prüfungen durchgeführt. Ein internationales Team staatlicher Rechnungsprüfer begutachtete die Arbeit des GAO im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsprüfungen, und das Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG LLP überprüfte die Arbeit im Rahmen der Ordnungsmäßigkeitsprüfungen.

Die allgemein anerkannten Normen für die staatliche Finanzkontrolle, die vom Leiter des GAO herausgegeben worden sind, sehen vor, dass sich Organisationen der staatlichen Finanzkontrolle alle drei Jahre einer unabhängigen externen Prüfung oder einem Peer Review ihrer Qualitätssicherung unterziehen. Die Arbeit des GAO im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsprüfungen wurde zum zweiten Mal durch ein

Peer Review untersucht; bei der Ordnungsmäßigkeitsprüfung geschah dies seit 1995 bereits zum fünften Male.

Den Überprüfungen zufolge waren die bis zum 31. Dezember 2007 eingesetzten Qualitätssicherungssysteme geeignet und wirksam, so dass der GAO ausreichende Gewissheit darüber hat, bei seiner Tätigkeit die einschlägigen fachlichen Normen eingehalten zu haben.

Der kanadische Rechnungshof leitete das internationale Team, das sich mit den 2007 vom GAO durchgeführten Wirtschaftlichkeitsprüfungen befasste. Im Verlauf von sieben Monaten besuchte das Team mehrmals den GAO, überprüfte die Regelwerke zur Festlegung der fachlichen Normen und zog eine repräsentative Stichprobe aus den Prüfungen von 2007. Das Team befragte außerdem Prüfungs- und Verwaltungspersonal und stützte sich auf die Arbeit der Innenrevision des GAO.

In seinem Bericht wies das Team auf mehrere Best Practices hin, deren Übernahme für andere ORKB in Betracht kommt. Das Team war besonders davon beeindruckt, dass eine Organisationseinheit des GAO ihr gesammeltes Wissen über die Waffensysteme der amerikanischen Streitkräfte zur Entwicklung eines Modells nutzte, das als Grundlage für Entscheidungen bei der Planung, Entwicklung und Beschaffung von Waffensystemen genutzt wird. Weiterhin lobte das Peer Review-Team die

systematische Sammlung und Auswertung von Interviewdaten beim GAO. Im Bereich des Personalwesens wies das Team auf einige vorbildliche Praktiken hin, u. a. die vorgeschriebene Abgabe von Erklärungen über die (persönliche) Unabhängigkeit, das GAO College-Absolventen Personalgewinnungskonzept und das Zusatzprogramm für die Ausbildung von Dozenten für die interne Fortbildung beim GAO.

Das Team gab eine Reihe von Anregungen zur weiteren Verbesserung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Insbesondere solle der GAO bei seinen Prüfungen klarere Kriterien anwenden, die verbindliche Nutzung eines Werkzeugs zur Prüfung der Datenzuverlässigkeit vorsehen, die Organisation und Zugänglichkeit der Prüfungsdokumentation verbessern und seine Grundsätze für die Einholung und Bekanntgabe der Stellungnahmen Dritter zu seinen Prüfungen klarer formulieren. Der GAO wird einen Aktionsplan zur Umsetzung der gemachten Anregungen erarbeiten.

Die entsprechenden Berichte über die Peer Reviews sind im Internet verfügbar:

[www.gao.gov/about/review.html](http://www.gao.gov/about/review.html).

Weitere Informationen sind beim GAO erhältlich unter:

E-mail: [spel@gao.gov](mailto:spel@gao.gov)  
 Website: [www.gao.gov](http://www.gao.gov)

## **Einsatz von Geoinformationssystemen zur Prüfung von Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung**

von Egbert Jongsma und Frederique de Graaf, niederländischer Rechnungshof

Im Juni 2008 hat der niederländische Rechnungshof einen Bericht über die Prüfung von Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung veröffentlicht. Bei der Prüfung hat sich der Rechnungshof auf ein Geoinformationssystem (GIS) zur Analyse und Darstellung seiner Prüfungsergebnisse gestützt. Wie bereits im Oktober 2006 in dieser Zeitschrift berichtet wurden GIS bereits mehrfach erfolgreich für Prüfungszwecke eingesetzt.<sup>1</sup> Auf dem XIX. INCOSAI in Mexiko, der im November 2007 stattfand, hat die Task Force über die Rechenschaftspflicht und Prüfung von Katastrophenhilfe den Nutzen geographischer Informationen bei der Prüfung von Katastrophenhilfe bekräftigt. Im vorliegenden Artikel werden einige Merkmale eines GI-Systems beschrieben und ihr Einsatz bei einer aktuellen Prüfung des niederländischen Rechnungshofs dargestellt. Ebenso wird das GI-System-Wissenszentrum kurz vorgestellt.

### **Geoinformationssysteme und Prüfungsarbeit**

Geographical or spatial information can be linked to Geo- oder raumbezogene Informationssysteme können mit ausgewählten Standortdaten verknüpft werden (z. B. Postleitzahlen oder Längen- und Breitengrade). GIS sind rechnergestützte Informationssysteme zur Erfassung, Speicherung, Analyse und Darstellung von raumbezogenen Daten (Geodaten). Wie aus Abbildung 1 hervorgeht, können beispielsweise Sach- und Graphikdaten zu Flächennutzung, Erhebungen, Gebietseinheiten, Verkehrswegen oder Zielgruppen kombiniert und kartographisch ausgewertet werden, um Fragen nach Wohnsitz (Standortbestimmung) oder Erreichbarkeit von Zielgruppen nachzugehen. ORKB befassen sich mit ähnlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit Zielgruppen oder staatlichen Maßnahmen.

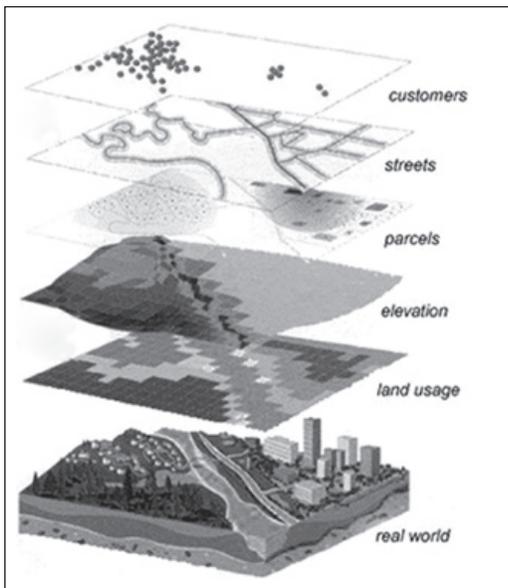
GIS ermöglicht (1) die Erstellung anspruchsvoller Karten in allen Maßstäben, (2) das Speichern und die Pflege von großen Geodatenmengen (3), die Visualisierung und anschauliche Darstellung komplexer Daten sowie (4) die Generierung neuer Daten aus vorliegenden Datenbeständen.

Die Hauptfunktionalität von GIS ist die Möglichkeit zur Durchführung komplexer Analysen durch Verknüpfung und Schichtung verschiedener Sach- und Graphikdaten im 3D-Format.

---

<sup>1</sup>*Katastrophenhilfe: Der Einsatz von geographischen Informationen bei Prüfungen, S. 17*

**Abbildung 1: Beispiel für die Kombination verschiedener Sach- und Graphikdaten bzw. deren Analyse mittels GIS**



Quelle: University of Western Ontario, <http://ssnds.uwo.ca>

Weitere Einzelheiten zu GIS sind der Internetseite der INTOSAI Task Force über die Rechenschaftspflicht und Prüfung von Katastrophenhilfe ([www.intosai-tsunami.org](http://www.intosai-tsunami.org)) zu entnehmen. Die Task Force ist von dem besonderen Nutzen von GIS und Fernerkundungstechnologien (z. B. Satelliten- und Luftbilddaten, die von GIS verwendet werden können) für Prüfungszwecke und insbesondere für die Prüfung von Katastrophenhilfe überzeugt. GIS und Fernerkundungsdaten können in folgenden Phasen nützlich sein:

- bei der Risikoanalyse,
- Prüfungsplanung,
- Prüfungsdurchführung,
- Auswertung der Prüfungsergebnisse und
- der Berichterstattung.

### Risikoanalyse

Prüfungen beginnen mit der Risikoanalyse und -abschätzung, um zu ermitteln, in welchen Bereichen eine Prüfung den größtmöglichen Nutzen erzielen kann. Hierbei kann der Einsatz von GIS in Kombination mit Fernerkundungsdaten sinnvoll sein. Mit Hilfe solcher Systeme können verschiedenartige Datenmengen raumbezogen untersucht werden, deren Auswertung mittels reinen Tabellenkalkulationsprogrammen besonders schwierig oder aufwändig wäre. Bei solchen Sach- oder Graphikdaten

handelt es sich um Angaben wie z. B. Projekte mit Fristüberschreitung, Vergabe an Auftragnehmer in verschiedenen Regionen, die geographische Verteilung bewilligter Finanzmittel oder demographische Angaben.

### Prüfungsplanung

Nach der Risikoanalyse können GIS und Fernerkundung im Rahmen der Prüfungsplanung für die Festlegung von Prüfungsumfang und -schwerpunkt herangezogen werden. So ist es beispielsweise möglich, die Zahl und Verteilung von Projekten mit und ohne Fristüberschreitungen zu ermitteln. Durch die Anzeige aller Felddaten und die Kombination mit Satellitenbildern können nicht abgeschlossene Bauarbeiten leichter und schneller erkannt werden als in tabellarischer Form. Solche Angaben stellen für Prüfer eine Entscheidungshilfe dar, wenn die Prüfungsarbeit sich schwerpunktmäßig auf (1) Projekte mit Fristüberschreitung erstrecken soll, um Risiken beim Vertragsmanagement aufzudecken oder (2) auf fristgerechte Projekte, um die Wirtschaftlichkeit (z. B. Qualität und Gebäudeauslastung) zu prüfen.

Auch zur Vorbereitung örtlicher Erhebungen und deren Verteilung können diese Systeme eingesetzt werden, um eine optimale Kombination aus örtlichen Erhebungen und Fernerkundungsdaten zu erzielen. Sie können zur gezielten Auswahl von Stellen für örtliche Erhebungen genutzt werden und erleichtern auch die Auswahl von zu prüfenden Stellen mittels Fernerkundung.

### Prüfungsdurchführung

Bei der Prüfung kann das Prüfungsteam GPS-Geräte oder satellitenbasiertes Kartenmaterial einsetzen, um örtliche Erhebungserkenntnisse mit raumbezogenen Daten zu verknüpfen. Dadurch können Felddaten direkt untersucht werden, wenn die Koordinaten in die GPS-Software hochgeladen und mit den Karten kombiniert werden. Die Daten erscheinen dann unmittelbar im Raum und nicht erst zeitversetzt. So kann ein Prüfer beispielsweise direkt feststellen, ob sich nach dem Tsunami in Indonesien Siedlungen und Infrastruktur an den vorgesehenen Standorten befinden, da diese Angaben unmittelbar nach dem Hochladen der Datensätze visualisiert werden.

### Auswertung der Prüfungsergebnisse

Mit GIS lassen sich demnach einschlägige Sach- und Grafikdaten (wie z. B. Prüfungserkenntnisse mit GPS-Koordinaten) untersuchen. So können bei der Prüfung von Siedlungen, die 2004 durch den Tsunami zerstört wurden, Datensätze benutzt werden, die die Anzahl neu erbauter und zerstörter Schulgebäude, die Zahl der überlebenden Kinder sowie topografische Daten (Geländeerhebungen oder Entfernung von Flussläufen oder Verkehrswegen) darstellen. Die GIS-Analysemöglichkeiten erlauben auch die Leistungsmessung. So kann beispielsweise festgestellt werden, ob Bildungseinrichtungen auch tatsächlich dort errichtet werden, wo der Bedarf am dringendsten ist.

Die Veranschaulichung von Ergebnissen mithilfe von GIS kann auch zur Aufdeckung geographischer Unterschiede bei der Leistungserbringung öffentlicher Stellen dienen. Im Falle des Tsunami wäre ein Benchmarking der Aufgabenerfüllung der Kommunalverwaltung denkbar. Auch beim Katastrophenmanagement könnte die Leistung öffentlicher Stellen mit der von Nichtregierungsorganisationen (NRO) verglichen werden. Hierbei handelt es sich nämlich um eine der wenigen Bereiche, in denen die öffentliche Verwaltung nicht der Alleinerbringer ist. (Die Leistung der NRO dient dabei nur als Vergleichsgröße, denn die wenigsten ORKB besitzen Befugnisse zur Prüfung von NRO).

### **Berichterstattung**

Mit GI- oder Fernerkundungssystemen lassen sich Prüfungserkenntnisse und andere Daten kartografieren und bildlich darstellen, um wesentliche Prüfungsergebnisse und -empfehlungen zu belegen und sie dem Berichtsempfänger zu veranschaulichen.

Im Folgenden wird anhand der einzelnen Prüfungsphasen erläutert, wie GIS bei der Prüfung von Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung eingesetzt wurde.

### **Prüfung Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung**

Der niederländische Rechnungshof hat bei der Prüfung von Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ein GIS eingesetzt. Unter Geldwäsche wird die Umwandlung illegaler in legale Vermögenswerte bezeichnet, wobei der illegale Ursprung der Vermögenswerte verschleiert wird. Bei der Terrorismusfinanzierung werden häufig legale Gelder zur Finanzierung illegaler Terroraktivitäten verwendet. Sowohl Geldwäsche als auch Terrorismusfinanzierung gefährden die Integrität von Finanzsystemen und untergraben das Vertrauen der Bürger in die Finanzmärkte.

Prüfungsgegenstand waren Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Der Rechnungshof hat untersucht, inwieweit das Innen-, Finanz- und Justizministerium einschlägige Maßnahmen gegenüber den nachgeordneten Stellen mit der gebotenen Konsequenz durchgesetzt haben. Ebenso wurde die Aufgabenerfüllung der zuständigen Verwaltungseinheiten bei Vorbeugung, Erkennung, Ermittlung, Verfolgung und Strafverfolgung geprüft. Kein Prüfungsgegenstand war hingegen die Vollstreckung von Strafmaßnahmen.

Zur Gewinnung von Erkenntnissen über die Aufgabenerfüllung der Untersuchungs- und Strafverfolgungsbehörden wurden Leistungsindikatoren entwickelt, die Aufschluss über die Wahrscheinlichkeit der Aufdeckung (Aufdeckungsquote) und Bestrafung (Sanktionierungsquote) von Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsaktivitäten geben. Um diese Quoten den Daten zu Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zuzuordnen, hat der Rechnungshof eine bestimmte Zahl verdächtiger Geschäftsvorgänge pro Gebietseinheit verwendet. Als Maßeinheit wurde das jeweilige örtliche Polizeirevier verwendet. Wie aus der Excel-Tabelle in Abbildung 2 hervorgeht, wird der Polizeireviercode mit den jeweiligen Längen- und Breitenkoordinaten der

Reviergrenzen in Relation gesetzt. Dabei wurden drei Datensätze einander zugeordnet: verdächtige Geschäftsvorgänge, polizeiliche Ermittlungsergebnisse, Verhängung von gerichtlichen Strafen.

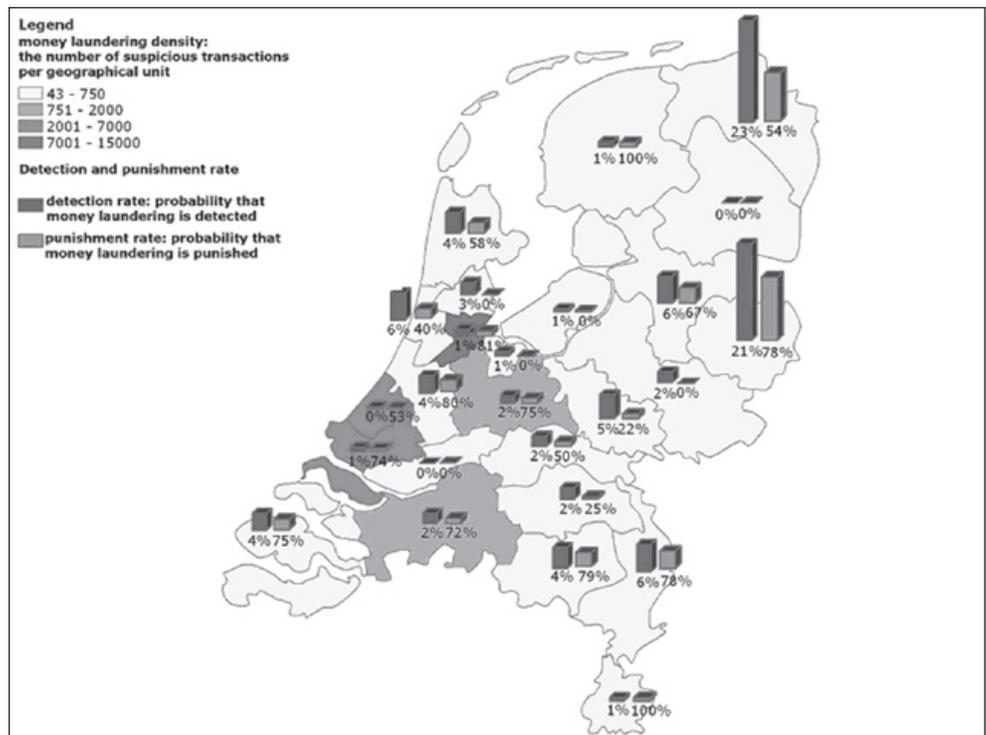
**Abbildung 2: Verknüpfung Polizeireviercode und Gemeindegrenzen bei der Prüfung**

	A	B	C		D	E	F	G
	Police districts	Police district code	Geographical location of police districts		Money laundering density	Detection rate %	Punishment rate %	
1			<i>SHAPE Length</i>	<i>SHAPE Area</i>				
2					14862	1.4	81.2	
3	Amsterdam–Amstelland	1	322842.4171	1470110540				
4	Brabant–Noord	2	183653.1304	1503666633	336	2.4	25	
5	Brabant Zuid–Oost	3	224926.5706	562504040.9	449	4.5	78.6	
6	Drenthe	4	397048.8655	2326514148	43	0	0	
7	Flevoland	5	283598.1197	2680404670	721	0.6	33.3	
8	Friesland	6	357756.2043	2205643347	371	1.1	100	
9	...	...	...	...	...	...	...	

Quelle: niederländische ORKB

Die Leistungserbringung wurde anschließend mittels GIS räumlich dargestellt und ausgewertet (Abbildung 3).

**Abbildung 3: Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung nach Flurstücken: Aufdeckungs- und Sanktionierungsquote**



Quelle: niederländische ORKB

Es wurde die Häufigkeit von Geldwäschefällen, also die Anzahl verdächtiger Geschäftsvorgänge pro Gebietseinheit als Grundlage verwendet und mit den Datensätzen „polizeiliche Ermittlungsergebnisse“ bzw. „gerichtliche Strafen“ verknüpft.

In seinem Prüfungsbericht hat der niederländische Rechnungshof festgestellt, dass die Ergebnisse im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung trotz zahlreicher Maßnahmen durch das Innen-, Finanz- und Justizministerium enttäuschend sind. Die Prävention ist immer noch unzureichend und die Aufdeckungsrate von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung niedrig. Die Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden beschlagnahmen kaum Vermögenswerte aus Straftaten. Aufgrund der von den letzten fünf Regierungen erklärten Bestrebungen und der Schwerpunktsetzung auf die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in den letzten zehn Jahren waren diese Prüfungsergebnisse eher desillusionierend.

Durch die Darstellung der Geldwäschedichte und der Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden konnte der Rechnungshof dem Parlament, den Ministerien und zuständigen Stellen Erkenntnisse über die räumliche Verteilung liefern, die vor dieser Prüfung noch nicht verfügbar waren. Dies führte zu Diskussionen über stark ausgeprägte geografische Unterschiede und Verteilung. Als Reaktion auf die Prüfung sagten die zuständigen Minister zu, die Prüfungsergebnisse zu nutzen, um die Information über den Umfang von Geldwäsche und die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu verbessern.

Die Erkenntnisse über die Leistung der Behörden und das Ausmaß des Problems ermöglichen nicht nur die Ergebnisse einer Prüfung besser zu analysieren und darüber Bericht zu erstatten, sondern erleichtert auch die Auswahl von Stichproben für örtliche Erhebungen. Sofern in diesem speziellen Fall Daten früher zur Verfügung gestanden hätten, hätte die niederländische ORKB für die Stichprobenprüfung gezielt Polizeireviere und Strafverfolgungsbehörden auswählen können.

### **Kompetenzzentrum für den Einsatz von GIS bei der Prüfungsarbeit**

Die niederländische ORKB hat beschlossen, ein Kompetenzzentrum für den GIS-Einsatz bei der Prüfungsarbeit einzurichten. Es wird sich schwerpunktmäßig mit den nationalen Prüfungstätigkeiten der niederländischen ORKB beschäftigen, aber auch bei deren Aufgabe als stellvertretendem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe über die Rechenschaftspflicht und Prüfung von Katastrophenhilfe unter dem Vorsitz des Europäischen Rechnungshofes mitwirken. Das Zentrum beschäftigt sich in der Hauptsache mit der

- Beobachtung der einschlägigen Entwicklung auf dem Gebiet GIS und Fernerkundungssysteme;
- Erstellung von Arbeitshilfen für den Einsatz von Geodaten zu Prüfungszwecken;
- Erstellung von Fortbildungsunterlagen für die ORKB;
- Unterstützung von ORKB bei GIS-gestützten Prüfungen und
- Errichtung eines externen Expertentools für GIS und Fernerkundungssysteme.

Folgende Prüfungsthemen bieten sich für den GIS-Einsatz an:

- Prüfung von Katastrophenhilfe,
- Umweltprüfungen,
- Prüfung der Maßnahmen zur Verbrechens-, Betrugs- und Korruptionsbekämpfung.

Die niederländische ORKB fordert dazu auf, den Einsatz von GIS bei der Prüfungstätigkeit durch Ergebnis-, Gedanken- und Informationsaustausch weiter zu entwickeln. ORKB, die einen Einsatz von GIS als Prüfungsinstrument erwägen, können sich an die niederländische ORKB wenden.

Für nähere Informationen wenden Sie sich direkt an Egbert Jongmsa (Projektmanager des GIS-Wissenszentrums) [e.jongmsa@rekenkamer.nl](mailto:e.jongmsa@rekenkamer.nl).

---

*Fortsetzung von S 2*

Besonderes Augenmerk muss auf die anstehende Fortschreibung des strategischen Plans von INTOSAI gelegt werden. Der Plan für den Zeitraum 2011 bis 2015 darf nicht nur auf die unbestreitbaren Erfolge des derzeitigen Plans verweisen, sondern muss auch den jüngsten globalen Veränderungen Rechnung tragen. Er muss unsere Organisation erfolgreich in Richtung Zukunft steuern, so dass wir mit den Entwicklungen Schritt halten können und für alle Eventualitäten gut gerüstet sind.

Staatliche Finanzkontrolle bedeutet viel mehr als Zahlen und Berichte. Die Gesellschaft hat uns eine große Aufgabe anvertraut – die fortwährende Überwachung der öffentlichen Mittelverwendung. Dieser Auftrag verlangt von uns, unsere Einsatzbereitschaft weiterhin zu verstärken, damit wir unsere Aufgabe noch wirksamer und wirtschaftlicher erfüllen können. Wir stehen aber mit diesem Auftrag nicht allein da, sondern werden unterstützt von INTOSAI – einer starken internationalen Gemeinschaft und Organisation, die als Multiplikator unserer Bemühungen dient und es uns ermöglicht, uns neuen Aufgaben zu stellen. INTOSAI bezieht ihre Stärke aus der Stärke ihrer Mitgliedstaaten. Lassen Sie uns gemeinsam damit fortfahren, unsere Bestrebungen zu verstärken und eine echte Kultur der Rechenschaftspflicht zu schaffen.

Die Rolle der ORKB, Transparenz und Rechenschaftspflicht zu stärken ist ein weltweit gültiger und unumstößlicher Grundsatz. Die Gesellschaft vertraut uns, und wir dürfen sie nicht enttäuschen.

Ich würde mich freuen, Ihre Meinung zu INTOSAI oder diesem Leitartikel zu erfahren. Bei Interesse senden Sie bitte Ihre Stellungnahme an: [bfuentes@asf.gob.mx](mailto:bfuentes@asf.gob.mx).

# Prüfung der Maßnahmen für die berufliche Eingliederung Schwerbehinderter durch den britischen Rechnungshof

von Mitarbeitern des Rechnungshofs des Vereinigten Königreichs

Innerhalb der Europäischen Union und der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird ungefähr jeder Siebte als behindert eingestuft, und in vielen Ländern beantragen immer mehr Menschen wegen Behinderung eine finanzielle Unterstützung. Die meisten Staaten erkennen die vielen Vorteile der beruflichen Eingliederung von Schwerbehinderten und haben dafür entsprechende Maßnahmen. Die Höhe der einschlägigen staatlichen Ausgaben, die soziale Bedeutung der Maßnahmen und die mit dem Programmvollzug verbundenen Risiken (z.B. die Schwierigkeit der Prüfung der Anspruchsberechtigung) machen dies zu einem bedeutenden Prüfungsthema für die ORKB.

Eine kürzlich durchgeführte Umfrage zu Maßnahmen für die berufliche Eingliederung von Schwerbehinderten wurde von 26 europäischen ORKB beantwortet. Sie diente der Vorbereitung einer Diskussion über dieses Thema beim VII. EUROSAI-Kongress in Krakau, Polen, im Juni 2008 (siehe den Bericht auf S. 18). Der britische Rechnungshof hatte dabei die Federführung und wurde von den ORKB von Estland, Island, Schweden und der Schweiz unterstützt. Der vorliegende Artikel fasst die Ergebnisse der Umfrage sowie die beim Kongress verabschiedeten Schlussfolgerungen und Empfehlungen zusammen.

## Förderung der beruflichen Eingliederung behinderter Menschen

Die OECD hat die Maßnahmen zur Unterstützung Schwerbehinderter im Erwerbsalter in die Kategorien „eingliederungsorientiert“ (Unterstützung der Betroffenen bei der Erlangung und Erhaltung von Arbeitsplätzen) und „entschädigungsorientiert“ (Gewährung finanzieller Unterstützung als Alternative zur Erwerbsarbeit) unterteilt.<sup>1</sup> Die Umfrage bei den teilnehmenden ORKB ergab, dass die Zahl der Teilnehmer an staatlichen Maßnahmen zur Arbeitsplatzsuche und der berufsbezogenen Aus- und Fortbildung am höchsten war und dass auf die berufsbezogene Aus- und Fortbildung die größten Beträge an einschlägigen Staatsausgaben entfielen. Das Diskussionspapier stellte fest, dass die meisten Staaten sich für die berufliche Eingliederung Schwerbehinderter stark engagieren. Als vorrangige Motive dafür werden das Recht auf Arbeit für Schwerbehinderte und der zusätzliche soziale Nutzen für die Einzelnen und die Gesellschaft als Ganzes genannt. Als weitere Gründe wurden angegeben: ein verfassungsrechtliches Verbot der Diskriminierung von Schwerbehinderten (Deutschland), demographische Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und Veränderungen im Arbeitsrecht (Österreich) sowie der Wunsch, Schwerbehinderten zu mehr Lebensqualität zu

<sup>1</sup>OECD, Transforming Disability into Ability; Policies to promote work and income security for disabled people, 2003, Seite 126.

verhelfen (Malta). Eher nachrangig waren die Belebung der Wirtschaft und die Verringerung der Ausgaben für soziale Leistungen. Um die Absicht zur Unterstützung von Schwerbehinderten zu unterstreichen, haben viele Staaten sich Ziele für ihre berufliche Eingliederung gesetzt. Ca. 60% der beteiligten ORKB berichteten über konkrete quantitative Ziele in ihrem jeweiligen Land. Alle ORKB berichteten, die Beschäftigungsquote bei den Schwerbehinderten sei geringer als bei der Gesamtbevölkerung - 30% niedriger in der Schweiz, 40% niedriger in Irland und den Niederlanden und 65% niedriger in Polen.

### **Von ORKB durchgeführte Prüfungen von Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung Schwerbehinderter in den Arbeitsmarkt**

Die EUROSAT-Mitglieder haben eine Vielzahl verschiedener Prüfungen von Maßnahmen zur Unterstützung Schwerbehinderter durchgeführt. Es gibt klare Unterschiede bei der Prüfungstätigkeit der einzelnen ORKB. Die Lage in den einzelnen Ländern unterscheidet sich stark und hängt von der gesetzlichen Definition des Begriffs Behinderung, der Rolle des Staates und der übrigen Gebietskörperschaften bei der Unterstützung arbeitsloser Schwerbehinderter, den Zielen der ORKB und ihrem Prüfungsauftrag sowie der Bedeutung ab, die den Maßnahmen zugemessen wird.

Von den 26 beteiligten ORKB hatten 23 Prüfungen mit einem unmittelbaren oder mittelbaren Bezug zum Thema Behinderung durchgeführt. Davon hatten 20 die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungen von Stellen für die staatliche Unterstützung von Schwerbehinderten geprüft, und 13 hatten Wirtschaftlichkeitsprüfungen durchgeführt. Schwerpunkte dieser Prüfungen waren die Gesamtheit der staatlichen Maßnahmen, die Rolle von Behindertenwerkstätten, staatliche Zuwendungen an Arbeitgeber, Leistungen der Arbeitsämter und die Rolle beruflicher Aus- und Fortbildung bei der Unterstützung Schwerbehinderter zur Erlangung von Fertigkeiten. Wichtigster Prüfungsanlass ist die Höhe der einschlägigen Ausgaben.

Durch die Prüfungen waren die ORKB in der Lage festzustellen, ob die Mittel zweckentsprechend verwendet werden. So stellte z.B. der polnische Rechnungshof bei seiner Prüfung von Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer, die Schwerbehinderte beschäftigen, fest, dass nur ein kleiner Teil der Mittel verwendet wurde, um die gesetzlich festgelegten Rehabilitationsziele zu erreichen. Die Gelder waren stattdessen z.B. für die Begleichung von Stromrechnungen und die Finanzierung von Investitionen eingesetzt worden. Der Bundesrechnungshof berichtete, dass der Staat und die Sozialversicherungsträger Einrichtungen und Projekte finanzierten, die Schwerbehinderte für Tätigkeiten qualifizieren sollten, für die keine Nachfrage bestand oder aber, dass die geförderten Einrichtungen ihre Tätigkeit hätten selbst finanzieren können.

Prüfungen können Hinweise auf bedeutende Schwachstellen bei der Umsetzung von Maßnahmen liefern. So ergab die Prüfung des britischen Rechnungshofes, dass die im Vereinigten Königreich bestehenden Behindertenwerkstätten sich um Produktivität bemühten, wobei die Finanzierung pro Kopf in einigen Geschäftsbereichen in

einem Missverhältnis zu dem gezahlten durchschnittlichen Arbeitsentgelt stand. Der norwegische Rechnungshof berichtete von einem stetigen Rückgang des Anteils neuer Empfänger von Behindertenrenten, die sich vor Gewährung der Rente einer beruflichen Rehabilitation unterzogen hatten (im Jahr 2000 nur einer von sieben Antragstellern), und empfahl, dass das zuständige Ministerium sich hier um eine Leistungssteigerung bemühen solle.

Die ORKB können auf Schwächen in der einschlägigen Gesetzgebung und deren Umsetzung hinweisen. In der Ukraine ergab die Ordnungsmäßigkeitsprüfung des Rechnungshofes Hinweise auf die bestehende Rechtsunsicherheit und das Fehlen eines klaren Programms für die Förderung der beruflichen Eingliederung Schwerbehinderter. Das Sondervermögen zum sozialen Schutz Schwerbehinderter hatte den angemessenen Vollzug seines Haushaltsplans nicht sichergestellt, was zu einer unwirtschaftlichen Verwendung der Mittel führte. Etwa ein Drittel der in den letzten zehn Jahren anderen Organisationen gewährten Kredite erschien stark risikobehaftet, wodurch eine Belastung des Staatshaushalts drohte.

Die Arbeit der verschiedenen ORKB hat auch die Wirkung von Verwaltungsverfahren auf sozial schwache Menschen aufgezeigt. Der Bundesrechnungshof berichtete von einer übermäßig langen Bearbeitungsdauer von der Antragstellung Schwerbehinderter auf Unterstützung bis zum Beginn angemessener Eingliederungsmaßnahmen. Der isländische Rechnungshof stellte einen Mangel an ausreichend qualifizierten Fachkräften für die Betreuung von Schwerbehinderten sowie bei der Leistungserbringung Verstöße gegen die einschlägigen gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften fest. Sowohl der schwedische als auch der britische Rechnungshof stellten Mängel bei den Eingliederungsplänen für einzelne Schwerbehinderte im Rahmen der Unterstützungsprogramme fest, was den Nutzen der jeweiligen Maßnahme gefährdete.

### **Empfehlungen des EUROSAI-Kongresses**

Bei der Prüfung von Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Eingliederung von Schwerbehinderten stießen die ORKB auf eine Reihe von Problemen. Dazu gehören qualitativ unzureichende oder unvollständige Datenbestände, Schwierigkeiten bei der Prüfung in Bereichen, wo Leistungsansprüche von Ergebnissen ärztlicher Begutachtung abhängen, die organisatorische Komplexität bei der Umsetzung einiger Maßnahmen und Beurteilungsprobleme im Hinblick auf den Erfolg der beruflichen Eingliederungsmaßnahmen.

Die Teilnehmer des EUROSAI-Kongresses erarbeiteten eine Reihe von Empfehlungen, um die Prüfung einschlägiger Maßnahmen zu verbessern. Dazu gehören:

**Bei der Planung ihrer Prüfungstätigkeit sollten die ORKB die Erheblichkeit, das Risiko und die Brisanz der Maßnahmen für die Förderung der beruflichen Eingliederung von Behinderten berücksichtigen.** Wegen der Brisanz dieses Bereiches sind sowohl das öffentliche Interesse als auch die Programmrisiken oft recht hoch. Es bestehen Anhaltspunkte dafür, dass die Staaten auf politischer Ebene ehrgeizige Ziele

setzen, die oft schwer oder gar nicht erreichbar sind. Das Risiko bei der Umsetzung der Maßnahmen ist auch deshalb erhöht, weil es schwierig ist, bestehende Maßnahmen in Frage zu stellen.

Zwar bemühen sich die Staaten auch in diesem wie in allen anderen Ausgabenbereichen um eine wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Mittel, es können jedoch Umstände vorliegen, unter denen die üblichen Erwartungen an die Wirtschaftlichkeit (z.B. bei Beschäftigung in Behindertenwerkstätten) in Anbetracht des breiteren gesellschaftlichen Nutzens der Unterstützung Schwerbehinderter geringer sind. Daraus folgt, dass die Prüfer bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit besonderen Spürsinn und Feingefühl anwenden müssen; insbesondere wenn ihre Prüfung zu der Feststellung führen könnte, dass manche Maßnahmen unwirtschaftlich sind. Tatsächlich haben einige Prüfungen wesentliche Mängel und Misserfolge bei der Programmdurchführung aufgedeckt.

**Bei der Prüfungsplanung und -durchführung sollten die ORKB die Befragung der Begünstigten oder deren Vertreter erwägen.** Dies bringt den ORKB Informationen über die Qualität der Beschäftigungsmöglichkeiten, darüber, ob daraus Erfahrungen gewonnen wurden, die von den Leistungserbringern nicht gemessen werden, sowie Erkenntnisse über Entwicklungen in Politik und Verwaltung. Die Daten können auf unterschiedliche Art und Weise erhoben werden, zum Beispiel durch Umfragen und Kontakte zu Behindertenvertretern. Die Prüfer müssen aber ihre Unabhängigkeit wahren und im Stande sein, die einzelnen Leistungen zu bewerten, ohne sich auf politischer Ebene dafür einzusetzen.

**Die ORKB sollten im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Prüfungsinstanzen nutzen.** Dabei sind Regeln zu beachten, die die Zuverlässigkeit und Vollständigkeit der von Dritten gelieferten Daten gewährleisten. In einigen Staaten können die Prüfer Beschäftigungsprogramme nicht prüfen und sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen angewiesen. In einigen Bereichen werden die Beschäftigungsprogramme von Nichtregierungsorganisationen umgesetzt, z.B. Wohltätigkeitsverbänden oder privaten Leistungserbringern. Die Rolle der ORKB kann sich unter diesen Umständen schwieriger gestalten. Der Prüfer muss sich gründliche Kenntnisse aneignen, um Strukturen mit einer großen Zahl kleiner Organisationen bzw. mehreren Leistungserbringern sachgemäß zu beurteilen.

**Die ORKB sollten sich dafür einsetzen, dass Good Practices in der Verwaltung umgesetzt werden.** Aufgrund der Größenordnung der für Beschäftigungsprogramme für Schwerbehinderte eingesetzten Mittel haben die ORKB eine bedeutende Verantwortung bei der Sicherstellung, dass die Mittel sachgemäß und zweckentsprechend verwendet werden. Die Prüfungen zeigen jedoch oft, dass die vorgegebenen und angewandten Verwaltungsverfahren nicht voll wirksam sind. Die ORKB sollten sich daher dafür einsetzen, verständliche Vorschriften und Gesetze einzuführen, stichhaltige und transparente Verfahren der Entscheidung über Leistungsansprüche zu erarbeiten sowie eine klare und zuverlässige Dokumentation der Unterstützungsmaßnahmen für Schwerbehinderte zu gewährleisten.

**Die ORKB sollten die Staaten darin bestärken, bessere Informationen über den Erfolg von Maßnahmen zu sammeln (z.B. in welchem Umfang die Begünstigten Arbeitsplätze finden und behalten) und sicherzustellen, dass die Evaluierung der Maßnahmen von Anfang an mit eingeplant wird.** Viele ORKB stellten eine unzureichende Zuverlässigkeit der Daten fest. In einigen Fällen konnte die genaue Anzahl der Begünstigten eines bestimmten Programms nicht festgestellt werden, in anderen Fällen standen keine Daten zur Verfügung. Sind die Daten verfügbar, liegt das Problem oft darin, dass viele Institutionen über unterschiedliche Datenbanken verfügen, deren Inhalte zusammengeführt werden müssen, um einen Gesamtüberblick über die jeweilige Maßnahme zu erhalten. Dies kann schwierig und zeitaufwendig sein. Außerdem dürften Schwierigkeiten bei der Verfolgung des weiteren Werdegangs der Begünstigten nach Abschluss einer Maßnahme die Bewertung der Wirksamkeit der Maßnahmen deutlich erschweren.

**Es sollte erwägt werden, ob bei der Bewertung der Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung von Schwerbehinderten entsprechendes Fachwissen oder der Einsatz von Sachverständigen notwendig ist.** Die Anspruchsberechtigung im Rahmen von Maßnahmen für Schwerbehinderte hängt oft von der Feststellung des Behinderungsgrades durch medizinisch qualifiziertes Personal ab. Prüfer können die ärztlichen Gutachten nicht in Frage stellen, die die Anspruchsberechtigung im Rahmen einer Maßnahme oder auf Unterstützung bestätigen. Sie müssen aber die medizinischen Entscheidungen nachvollziehen und den Grad der Behinderung einschätzen sowie die Entscheidungsprozesse der Verwaltung beurteilen können. Daher kann es notwendig sein, während der Prüfung auf die Unterstützung durch Sachverständige zurückzugreifen.

**Bei Schwierigkeiten bei der Beurteilung, ob z.B. Kriterien für Leistungsansprüche von den Ärzten richtig angewandt wurden, müssen andere Erhebungsquellen hinzugezogen werden.** Beispielsweise können Erkenntnisse über die Nutzung von Unterstützungsmaßnahmen und die Zahl der Begünstigten auf Probleme bei der Feststellung der Anspruchsberechtigung hinweisen. Die Ergebnisse solcher Erhebungen sind oft aussagekräftiger als andere Informationsquellen.

**Bei der Wahl des Prüfungsschwerpunktes sollten in diesem umfangreichen und komplexen Bereich Richtwerte und Indikatoren aus unterschiedlichen Quellen berücksichtigt werden.** Die ORKB stellten fest, dass bestimmte Richtwerte und Indikatoren bei der Bestimmung von Entwicklungen und Problemen innerhalb der Maßnahmen behilflich sein können. Zum Beispiel kann eine hohe Zahl von Widersprüchen gegen Leistungsbescheide, die wiederholte Teilnahme Einzelner an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen oder die Tatsache, dass eine hohe Zahl Betroffener wieder Lohnersatzleistungen beantragt, darauf hinweisen, dass besondere Risiken bestehen oder die Umsetzung der Maßnahmen zu unbeabsichtigten und unerwarteten Folgen geführt hat. Die geprüfte Stelle wird nicht immer über alle notwendigen Informationen verfügen. Andere Stellen, z.B. Nichtregierungsorganisationen, können oft wertvolle Erkenntnisquellen sein und Hinweise darauf geben, ob die Maßnahmen eine nachhaltige Beschäftigung für Behinderte gewährleisten können.

*Fortsetzung auf S 27*

## VII. EUROSAT-Kongress in Polen

von Cindy Fagnoni, U.S. Government Accountability Office

Der VII. Kongress der Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (EUROSAT) fand vom 2.-6. Juni 2008 in Krakau, Polen, statt. Der Präsident des Polnischen Rechnungshofes (NIK), Jacek Jezierski, und seine Mitarbeiter begrüßten 195 Delegierte von 48 ORKB. Auch Beobachter von den Regionalorganisationen der INTOSAT (AFROSAT, ARABOSAT, ASOSAT, und OLACEFS) und der INTOSAT Entwicklungsinitiative nahmen an dem Kongress teil, ebenso Vertreter verschiedener internationaler Organisationen sowie dieser *Zeitschrift*.



Teilnehmer und Teilnehmerinnen am VII. EUROSAT-Kongress in Krakau.

Die Eröffnungszeremonie fand in der Jagiellonen-Universität in der Krakauer Altstadt statt. Der Präsident des Bundesrechnungshofes und scheidender EUROSAT-Präsident, Prof. Dr. Dieter Engels, eröffnete den Kongress mit einer herzlichen Begrüßung der Delegierten. Prof. Dr. Engels betonte den Erfolg von EUROSAT bei der Förderung der internationalen Zusammenarbeit und der Stärkung der ORKB in ganz Europa. EUROSAT gehörten mittlerweile 48 ORKB an, mit Israel als neuestem Mitglied. Er berichtete von der erfolgreichen Arbeit während der letzten drei Jahre der EUROSAT-Arbeitsgruppen IT-Prüfung, Umweltprüfung und Abgestimmte Prüfung von Steuersubventionen sowie der Studiengruppe für das Benchmarking der Kosten und Leistung von Steuerbehörden und des EUROSAT-Fortbildungsausschusses. Auch betonte er die globale Vernetzung von EUROSAT und die Zusammenarbeit mit Schwesterorganisationen wie OLACEFS.

Schließlich übergab Prof. Dr. Engels die EUROSAT-Präsidentschaft an Jacek Jezierski, der seinerseits Prof. Dr. Engels' Präsidentschaft rühmte und versprach, auf den

Erfolgen der EUROSAT aufzubauen. Er freue sich darauf, als EUROSAT-Präsident zu amtieren, und sei sich der Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit in einem immer stärker vereinten Europa und einer global vernetzten Welt bewusst. Schließlich stellte Jezierski die drei Kongressthemen vor und dankte den Themenvorsitzenden für ihr großes Engagement bei der Kongressvorbereitung.



Prof. Dr. Dieter Engels aus Deutschland (links) und Jacek Jezierski aus Polen (rechts) – der scheidende und der neue EUROSAT Präsident – bei einer der Plenarsitzungen während des Kongresses.

Anschließend begrüßte Jezierski den Staatspräsidenten von Polen, Lech Kaczynski, der die Teilnehmer in Krakau willkommen hieß und die bedeutende Rolle der ORKB für den Staat und seine Bürger und bei der Verbesserung des Verwaltungshandelns betonte. Präsident Kaczynski konnte dabei auf eigene Erfahrungen als Präsident des polnischen Rechnungshofes von 1992 bis 1995 zurückgreifen. Diese Erfahrungen seien auch für sein derzeitiges Amt von unschätzbarem Wert. Nach der Rede des Staatspräsidenten enthüllten Vertreter der polnischen Post eine Gedenkbriefmarke mit dem Kongresslogo, die zu Ehren des Kongresses und der polnischen EUROSAT-Präsidentschaft herausgegeben wurde. Jeder Kongressteilnehmer erhielt eine Gedenkbriefmarke.

Aus Umweltschutzgründen hatten die Veranstalter entschieden, den Kongress so papierlos wie möglich zu machen. Die offiziellen Unterlagen wurden im Vorfeld auf einer besonderen Kongresswebsite zugänglich gemacht. Während des Kongresses stand jedem Teilnehmer ein Laptop mit allen relevanten Dokumenten zur Verfügung. Nach dem Kongress erhielten die Teilnehmer USB-Speichersticks mit allen Unterlagen zum Mitnehmen.



Die Delegierten machten hinreichend Gebrauch von den ihnen zur Verfügung gestellten Laptops beim ersten papierlosen EUROSAI-Kongress.

### **Kongressthemen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

Die drei Kongressthemen waren: 1) Einführung eines Qualitätsmanagements in Obersten Rechnungskontrollbehörden, 2) Prüfung von Maßnahmen im Bereich Bildung, und 3) Prüfung von Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung von Schwerbehinderten.

Für jedes Thema bereiteten die Themenarbeitsgruppen ein Grundlagenpapier vor, das einen Überblick über Theorie und Praxis des jeweiligen Themas gab und sich mit bestimmten Fragestellungen näher befasste. Die EUROSAI-Mitglieder wurden gebeten, diese Fragen in Länderpapieren aus ihrer nationalen Sicht und Erfahrung heraus zu beantworten und zu kommentieren. Aus den Länderpapieren ergaben sich wichtige und breit gefächerte Informationen, aus denen die Themenarbeitsgruppen Diskussionspapiere für jedes Thema erarbeiteten.

Das erste Thema beschäftigt sich mit der Aufgabe der ORKB, sicherzustellen, dass ihre Arbeit die an sie gestellten hohen Qualitätserwartungen erfüllt. Beim zweiten und dritten Thema geht es um Schlüsselbereiche der Sozialpolitik, auf die die Arbeit der ORKB Auswirkungen haben kann. Ausgehend von Erfahrungen und vorhandenen Ansätzen sollten hier Bereiche herausgearbeitet werden, die die ORKB in ihrer zukünftigen Arbeit berücksichtigen könnten.

Die EUROSAI-Mitglieder diskutierten die Analysen und Erkenntnisse der hervorragenden Diskussionspapiere, aber auch zusätzliche Informationen, beispielsweise Fallstudien verschiedener ORKB und Sichtweisen verschiedener externer Akteure. Auf dieser Basis verabschiedete der Kongress Schlussfolgerungen und Empfehlungen für jedes Thema.

## Thema 1: Einführung eines Qualitätsmanagements in Obersten Rechnungskontrollbehörden

Thema 1 wurde vom ungarischen Rechnungshof geleitet, mit Unterstützung der Rechnungshöfe von Dänemark, Malta, Polen, Russland und dem Europäischen Rechnungshof.

Alle Teilnehmer des EUROSAI-Kongresses sind an Fragen der Qualitätskontrolle interessiert und wollen das Qualitätsmanagement in ihren Institutionen weiter verbessern. Sie sind sich einig, dass Führung ein entscheidender Baustein eines wirksamen Qualitätsmanagements ist und dass eine funktionierende interne Kommunikation auf allen Ebenen notwendig ist, um Leitbild und Ziele der Rechnungshöfe umzusetzen, Vertrauen innerhalb der Organisation zu verbessern und Fachwissen zu fördern.

Die meisten Rechnungshöfe verfügen über einen strategischen Plan, wie auf Veränderungen im Prüfungsumfeld und in den Erwartungen der Berichtsadressaten zu reagieren ist. Die Mehrheit der Rechnungshöfe führt im Rahmen der strategischen Planung eine umfassende Risikoanalyse des Prüfungsumfeldes durch und überprüft periodisch die Fortschritte bei der Umsetzung ihrer eigenen Strategie.

Die ORKB räumen einer wirksamen Personalwirtschaft eine Schlüsselrolle bei der Sicherstellung der Prüfungsqualität ein. Für die meisten Rechnungshöfe ist eine umfassende Personalplanung nicht nur wesentliche Voraussetzung für einen wirtschaftlichen und wirksamen Personaleinsatz, sondern auch für mehr Arbeitszufriedenheit und bessere Qualifikation der Mitarbeiter. Die Rechnungshöfe verfügen über personalwirtschaftliche Konzepte und Systeme oder sind im Begriff, diese aufzubauen. Dabei handelt es sich um konkrete Pläne und Verfahren zur Rekrutierung und Förderung der Mitarbeiter, zur Organisation von Mitarbeiterfortbildung, zur Unterstützung von Aufstiegsmöglichkeiten sowie zur Bewertung der Arbeitsergebnisse. Die wichtigste Voraussetzung für eine hohe Prüfungsqualität ist nach Meinung der Rechnungshöfe die ständige Überprüfung und regelmäßige Aufsicht während des Prüfungsverfahrens. Zur Unterstützung der Prüfer wurden Prüfungsleitfaden und Arbeitshilfen entwickelt.

Die Rechnungshöfe wissen um die Bedeutung von Dritten – wie Parlament, geprüfte Stellen, Medien, Berufsverbände und die Öffentlichkeit – für die unabhängige Beurteilung der Prüfungsqualität. Sie verfügen über unterschiedliche Mittel, die Ergebnisse ihrer Prüfungstätigkeit zu überwachen und externe Rückmeldungen zu sammeln. Die Mehrheit der Rechnungshöfe überwacht beispielsweise den Umsetzungsgrad der Prüfungsempfehlungen durch Kontrollprüfungen sowie durch Befragungen in den geprüften Stellen.

Die meisten Rechnungshöfe streben nach Optimierung und nachhaltiger Weiterentwicklung des eigenen Qualitätsmanagementsystems für Prüfungen durch interne und/oder externe ex-post Qualitätskontrollen. Einige Rechnungshöfe wenden auch das Verfahren der Selbstevaluierung an.

Auf der Grundlage dieser Schlussfolgerungen formulierte der Kongress folgende Empfehlungen:

- Die Rechnungshöfe sollten die Führungsqualität mittels Leitbildern, Wertesystemen, Verhaltenskodizes sowie strategischer und operativer Ziele weiter verbessern. Zur Bewertung und Überwachung der Zielerreichung könnten die Rechnungshöfe auch Erfolgsindikatoren entwickeln.
- Ziel der Rechnungshöfe sollte die Bewertung und Verbesserung eigener Qualitätsmanagementsysteme sein.
- Die Rechnungshöfe sollten ihre Mitarbeiter fördern und unterstützen, damit diese eine hohe Prüfungsqualität erreichen können.
- Die Rechnungshöfe sollten die Beziehungen zu den wichtigsten Berichtsadressaten, d.h. dem Parlament, den Parlamentsausschüssen und den geprüften Stellen, sowie den Medien, der Öffentlichkeit und den Berufsverbänden intensivieren.
- Die Rechnungshöfe könnten von externen Sachverständigen durchgeführte Prüfungen, darunter auch Peer Reviews, in ihre Arbeit mit einbeziehen. Sie könnten auch die Gründung einer unabhängigen organisatorischen Einheit in Betracht ziehen, die sich mit Qualitätsfragen beschäftigt.

Der Kongress befürwortete auch den Vorschlag, ein Handbuch zu den Good Practices der Prüfungsqualität erarbeiten zu lassen. Der Entwurf des Handbuchs wird im Jahr 2009 erstellt.



Der Kongress ermöglichte weiträumige Diskussionen bei seinen drei Themen.

## Thema 2: Prüfung von Maßnahmen im Bereich Bildung

Thema 2 wurde vom portugiesischen Rechnungshof geleitet, mit Unterstützung der Rechnungshöfe von Estland, Frankreich, Polen, Schweden und der Ukraine.

Die meisten der 109 Prüfungen im Bereich Bildung, die die EUROSAI-Mitglieds-ORKB von 2004 bis 2006 durchführten, betrafen die Haushalts- und Wirtschaftsführung sowie die Prüfung der Umsetzung politischer Vorgaben in der Bildung; die Prüfungen konzentrierten sich hauptsächlich auf das Hochschulwesen.

Die Empfehlungen der ORKB auf der Grundlage dieser Prüfungen zielten auf die Änderung von Regelungen sowie die Verbreitung von Good Practices. Die ORKB wollen weiter im Bereich Bildung arbeiten und für den Zeitraum 2007 bis 2009 sind 93 Prüfungen geplant.

Der Kongress empfahl, den Prüfungsumfang im Bereich Bildung in angemessenem Verhältnis zu den öffentlichen Mitteln für bildungsbezogene Maßnahmen auszurichten. Aus einer Umfrage unter den ORKB im Vorfeld des Kongresses ließen sich folgende Prüfungsthemen ableiten:

- Hindernisse beim Zugang zu guten Kindergärten, wie die Entfernung vom Elternhaus, die Höhe der Gebühren und die Qualität der Kindergärten;
- Qualität und Wirksamkeit der Grund- und weiterführenden Schulen bezüglich der Verbesserung der schulischen Leistungen und der Reduzierung der Schulabbrecherquote im Alter von 15 bis 18 Jahren;
- Qualität von Maßnahmen im Bereich Berufsausbildung sowie deren Ausrichtung an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und der Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften;
- Bildungsmaßnahmen, die auf die Bedürfnisse bestimmter Zielgruppen ausgerichtet sind, z.B. Schwerbehinderte, Arbeitslose oder Insassen von Justizvollzugsanstalten; und
- die Qualität der Hochschulbildung, insbesondere eine wirtschaftliche Verwaltung sowie die Studierendenförderung.

Der Kongress empfahl auch, Prüfungen sowohl auf regionaler als auch nationaler Ebene zu planen sowie gemeinsame oder parallele Prüfungen mehrerer ORKB zu nutzen.

Die Kongressempfehlungen hoben außerdem bestimmte Risikobereiche bei der Auswahl von Prüfungsthemen, mögliche Prüfungsmethoden sowie Strategien zur Berichterstattung und Evaluierung hervor. Hinsichtlich der Prüfungsmethoden wird beispielsweise empfohlen, für die Bewertung der Wirksamkeit bildungspolitischer Maßnahmen messbare und vergleichbare Leistungsindikatoren zu entwickeln. Eine systematische Evaluierung im Nachgang der Prüfungen sei ein geeignetes Mittel zu einer besseren Umsetzung der Prüfungsempfehlungen.

### Thema 3: Prüfung von Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung von Schwerbehinderten

Bei Thema 3 war der Rechnungshof des Vereinigten Königreichs Berichterstatter, mit Unterstützung der Rechnungshöfe von Estland, Island, Polen, Schweden und der Schweiz. Auf Grundlage der sehr informativen Vorträge und Präsentationen formulierte der Kongress eine Reihe von Empfehlungen für dieses Thema. Die Diskussionen und Empfehlungen sind in dem Artikel „Prüfung von sozialen Programmen zur beruflichen Integration von Behinderten“ auf Seite 13 dieser Zeitschrift zusammengefasst.

### EUROSAI-Arbeitsgruppen

Vertreter des EUROSAI-Fortbildungsausschusses (EUROSAI Training Committee – ETC), dem Frankreich und Spanien gemeinsam vorsitzen, berichteten über die Aktivitäten des ETC während der letzten drei Jahre und stellten seine Fortbildungsstrategie vor. Der Kongress stimmte den Berichten zu und nahm eine gemeinsame Fortbildungsstrategie für den Zeitraum 2008 bis 2011 an.

Der Kongress stimmte ebenso den Berichten und Resolutionen der EUROSAI-Arbeitsgruppen „Umweltprüfung“ (Vorsitz: Polen), „IT-Prüfung“ (Vorsitz: Niederlande) und „Abgestimmte Prüfung von Steuersubventionen“ (Vorsitz: Deutschland) sowie der Studiengruppe für das Benchmarking der Kosten und Leistung von Steuerbehörden (Vorsitz: Vereinigtes Königreich) zu.

Der Kongress nahm auch den Vorschlag der ORKB der Ukraine an, die Untergruppe „Prüfung der Folgen von durch den Menschen verursachten Naturkatastrophen und zur Beseitigung radioaktiver Rückstände“ in eine unabhängige EUROSAI-Arbeitsgruppe umzuwandeln. Der Vorschlag wurde von Vertretern Spaniens und der Ukraine eingebracht.

### Sonstiges

Der Kongress stimmte den Terminvorschlägen für Konferenzen mit den Schwesterorganisationen zu. Die VI. EUROSAI-OLACEFS-Konferenz wird 2009 in Venezuela stattfinden, und die nächste EUROSAI-ARABOSAI-Konferenz ebenfalls 2009 in Frankreich.

Vertreter der INTOSAI-Entwicklungsinitiative (INTOSAI Development Initiative - IDI) unter dem Vorsitz von Norwegen diskutierten gemeinsame Aktivitäten in der Region. Im letzten Jahr hat IDI einen Strategiewechsel weg von der klassischen Aus- und Fortbildung und hin zu zielgruppenorientierten Fortbildungsmaßnahmen vollzogen. Die Strategie von IDI beinhaltet sowohl die Stärkung der ORKB selbst als auch die berufliche Weiterbildung ihrer Mitarbeiter.

---

*Fortsetzung auf S 30*



# DER STRATEGISCHE PLAN im Rampenlicht

von Kirsten Astrup, INTOSAI Direktorin für strategische Planung

Das INTOSAI Präsidium hat seiner Zufriedenheit mit dem derzeitigen strategischen Plan der INTOSAI Ausdruck gegeben und empfohlen, diesen für den Zeitraum 2011-2016 fortzuschreiben, anstatt für diesen Zeitraum einen neuen Strategischen Plan zu erarbeiten. Der Auftrag, das Leitbild und die Ziele der INTOSAI, wie sie im derzeitigen Plan niedergelegt sind, bleiben unverändert. Im November 2007 hat das Finanz- und Verwaltungskomitee eine Task Force unter dem Vorsitz des Rechnungshofes der Vereinigten Staaten eingesetzt, um den Plan fortzuschreiben. Die Task Force geht davon aus, dass die Vorsitzenden der Komitees zu den vier Zielen von INTOSAI die Führung bei der Aktualisierung der Strategien (Aktivitäten und Programme) in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich übernehmen. Die Vorsitzenden der Komitees werden dazu angeregt, Stellungnahmen von ihren Unterkomitees einzuholen und mit anderen einschlägigen Stellen zusammenzuarbeiten.

Bevor der aktualisierte Plan dem INCOSAI 2010 in Südafrika vorgelegt wird, wird ein erster Entwurf Anfang 2009 unter den INTOSAI Mitgliedern zwecks Prüfung und Stellungnahme in Umlauf gebracht. Diese Vorgehensweise entspricht sowohl dem vom INCOSAI 2007 in Mexiko gebilligten gestrafften Verfahren als auch der Notwendigkeit, alle ORKB in den Prozess einzubeziehen.

Durch die gemeinsamen Anstrengungen vieler Einzelner ist die INTOSAI jetzt in der Lage, die strategischen Ziele ihres derzeitigen Plans zu verwirklichen. An der Umsetzung der



Kirsten Astrup

meisten Strategien der drei operationalen Ziele und eines organisatorischen Ziels wird gearbeitet und werden Fortschritte gemacht.

Aber wozu braucht die INTOSAI einen Strategischen Plan? Dieses Thema ist seit der 2001 getroffenen Entscheidung zur Erstellung eines Strategischen Plans oft diskutiert worden. Es gibt viele Begründungen für die Notwendigkeit eines solchen Plans, aber ich nutze gern das Bild der ORKB als Bergsteiger. Alle ORKB wollen den Gipfel erreichen, aber jede hat beim Anstieg einen anderen Weg zu bewältigen: Einige müssen steile Felsen erklimmen, andere müssen Wasserfälle überwinden und noch andere müssen sich möglicherweise in einem Schneesturm behaupten. Außerdem haben die einzelnen ORKB beim Aufstieg auf den Berg schon verschiedene Höhen erreicht und diejenigen, die schon höher geklettert sind, können diejenigen, die noch nicht die gleiche Höhe erreicht haben, beim Aufstieg dadurch unterstützen, dass sie ihnen Hinweise zum weiteren Weg sowie zur Überwindung von Hindernissen und Schwierigkeiten auf den Weg geben. Es macht nichts, dass einige ORKB schneller klettern als andere, aber wir wollen niemand gänzlich zurücklassen. Wir bemühen uns darum, unsere Anstrengungen abzustimmen und treffen uns dann und wann, um gute Ratschläge auszutauschen; es kann sogar dahin kommen, dass einer den anderen beim Tragen seines Gepäcks unterstützt. Diejenigen, die reichlich Verpflegung für den Anstieg dabei haben, können diese mit anderen teilen, deren Verpflegung nicht so reichlich ist. Und wie es oft bei einem Anstieg vorkommt, stellen diejenigen, die sich schon kurz vor dem Gipfel sehen, fest, dass sie einer Illusion erlegen sind – es gibt immer noch einen Anstieg mehr, der bezwungen werden muss.

Hier kommt nun der Strategische Plan ins Spiel. Er lässt die Bedürfnisse jedes Einzelnen sowie das zu bewältigende Terrain erkennen und beschreibt die besten Arbeits- und Verfahrensweisen. In der Regel hilft uns der Strategische Plan dabei voraus zu denken und durch gemeinsame Anstrengungen Lösungen zu finden. Wir bewegen uns in kleinen Schritten aber sozusagen im Gleichschritt vorwärts, bereiten uns auf die nächsten Schritte vor und tauschen während des Anstiegs ständig Informationen aus. Die Erstellung von Plänen zur Leistungssteigerung ist in jeder Organisation eine nie endende Aufgabe und es sind immer wieder neue Herausforderungen zu bestehen. Die Beratung mit Anderen, die gleichartige Verhältnisse zu bewältigen haben, ist sehr hilfreich.

Wir wollen nicht vergessen, dass die INTOSAI eine weltweite Organisation ist, was auch heißt, dass wir in vielen Bereichen von sehr unterschiedlichen Voraussetzungen ausgehen. Die INTOSAI hat zwar nur fünf Arbeitssprachen, aber die Vielfalt der Sprachen und Kulturen unserer Mitglieder ist wesentlich größer. Viele von uns müssen in Sprachen arbeiten, die nicht ihre Muttersprachen sind, was die Zusammenarbeit zweifellos erschwert. Berücksichtigt man, wie groß die Anstrengungen sind, die gemacht werden müssen, um bei einer solchen Vielfalt Konsens zu erzielen, ist der Umfang der Kooperation unter dem Dach der INTOSAI wirklich erstaunlich. Die von uns praktizierte Zusammenarbeit in Komitees, Arbeitsgruppen oder Task Forces im Rahmen eines der vier Ziele hat sich als ein sehr guter Weg zur Erreichung hervorragender Ergebnisse, zur Harmonisierung unserer Denkweisen und zum Austausch von Wissen erwiesen.

Ein anderes Thema, welches ich ansprechen möchte, ist die Task Force zur Geberfinanzierung, die das Finanz- und Verwaltungskomitee zwecks Schaffung der Grundlagen für eine bessere Zusammenarbeit zwischen INTOSAI und den Geberinstitutionen eingerichtet hat. Es handelt sich dabei um ein interessantes und notwendiges Projekt, mit dem viele der Unterziele im Rahmen unserer vier strategischen Ziele erreicht werden können. Die Sitzung der Task Force im Juni in Bern, an der Vertreter der vier strategischen Ziele der INTOSAI teilnahmen, war ein erster Schritt zur Förderung der Zusammenarbeit mit den Gebern. (Siehe dazu den Bericht über diese Sitzung in der Rubrik „INTOSAI Intern“ in dieser Ausgabe.) Wir sind zuversichtlich, dass wir im Rahmen dieser Kooperation die Finanzmittel beschaffen können, die wir brauchen, um uns weiterzuentwickeln, Wissen auszutauschen, die Wirtschaftlichkeit zu stärken und zu einer wirksamen Kontrolle des Staatshandelns auf der ganzen Welt beizutragen. Als Teil unseres Engagements für die Aufgabenerfüllung sowie die Umsetzung des Leitbildes der INTOSAI möchte ich Sie auffordern, diese Anstrengungen zu begleiten und nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen, die mit Hilfe dieser Kooperation in Ihren Ländern und Regionen umgesetzt werden können.

In der Oktoberausgabe dieser Zeitschrift werde ich die Zusammenarbeit mit anderen Normen setzenden Organisationen, insbesondere dem Institut of Internal Auditors (IIA) behandeln. Im Juli 2008 wird unser Generalsekretär Dr. Josef Moser sich mit dem Exekutivkomitee des IIA treffen und in San Francisco einen Vortrag vor dessen Board halten.

Wenn Sie sich zu diesem Beitrag äußern oder Anregungen zur Umsetzung des Strategischen Plans der INTOSAI geben möchten, wenden Sie sich bitte per E-Mail [astrup@rechnungshof.gv.at](mailto:astrup@rechnungshof.gv.at).

---

*Fortsetzung von S 17*

## **Schlussfolgerungen**

Die ORKB haben eine bedeutende Rolle bei der Prüfung des staatlichen Ausgabengebarens zur Unterstützung von Schwerbehinderten bei Erlangung und Erhalt von Arbeitsplätzen. Insgesamt unterstützen die europäischen ORKB die Staaten beim optimalen Einsatz öffentlicher Mittel, indem sie auf Fälle von Unwirtschaftlichkeit und unsachgemäßer Mittelverwendung sowie die mangelnde Wirkung von Maßnahmen hinweisen. Bei diesem Prüfungsthema stehen die ORKB oft den gleichen Problemen gegenüber, u.a. der Komplexität der Verfahren bei der Umsetzung der Maßnahmen, der Schwierigkeit bei der Messung des Erfolgs und der mangelnden Verfügbarkeit von Daten. Infolgedessen ist es für Prüfer sehr hilfreich, aus der Erfahrung von Kollegen und den von diesen angewandten Methoden bei der Erarbeitung ihrer Prüfungskonzepte lernen zu können. Es bleibt zu hoffen, dass der beim EUROSAI-Kongress begonnene Dialog auch in Zukunft zu einem Erfahrungsaustausch in diesem wichtigen Bereich führen wird.

Weitere Informationen erhalten Sie beim britischen Rechnungshof (U.K. National Audit Office) unter der E-Mail Adresse [enquiries@nao.gov.uk](mailto:enquiries@nao.gov.uk).

## Treffen der Task Force zur Geberfinanzierung mit Vertretern von Geberinstitutionen

Die Task Force zur Geberfinanzierung des Finanz- und Verwaltungskomitees traf mit Vertretern internationaler und bilateraler Geberorganisationen am 20. Juni 2008 in Bern/Schweiz zusammen, um Strategien für die Stärkung des Ausbaus der Sachkompetenzen von ORKB zu erörtern. INTOSAI war durch die ORKB von Mexiko (Vorsitz des Präsidiums), Saudi-Arabien (Stellvertretender Vorsitz des Präsidiums und Vorsitz des Finanz- und Verwaltungsausschusses); sowie der USA (Vorsitz der Task Force zur Geberfinanzierung) sowie folgenden ORKB als Mitglieder der Task Force vertreten: Dänemark, Marokko, Norwegen, Indien und das Vereinigte Königreich, außerdem der Generalsekretär der INTOSAI. Die Geberinstitutionen waren vertreten durch die Weltbank, die Europäische Union, die Interamerikanische Entwicklungsbank und die nationalen Entwicklungshilfeagenturen von Belgien, Kanada, Irland, der Niederlande, Norwegens, der Schweiz und des Vereinigten Königreichs.



Zu den INTOSAI-Vertretern in Bern gehörten: Arturo González de Aragón aus Mexiko; Osama Faquih aus Saudi-Arabien und Gene Dodaro aus den Vereinigten Staaten.

Als Grundlage für die Gespräche diente ein Diskussionspapier der INTOSAI unter dem Titel „Partnerschaften für den Fortschritt bei der Korruptionsbekämpfung, der Förderung der Transparenz, Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Gewährleistung der Haushaltskontrolle: Zusammenarbeit der Weltbank und der Gebergemeinschaft zur Stärkung der Sachkompetenzen oberster Rechnungskontrollbehörden“. Die Leiter der ORKB von Mexiko, Saudi-Arabien und den Vereinigten Staaten stellten die

Position der INTOSAI und das Diskussionspapier vor. Die Präsentation unterstrich die zentralen Werte der INTOSAI, nämlich Unabhängigkeit und Autonomie; ihre starkes Engagement für die Förderung guter Regierungsführung, Verbesserung der Haushaltskontrolle und Transparenz sowie Korruptionsbekämpfung und die lange Tradition gegenseitiger Unterstützung unter den ORKB (nach dem Motto „Erfahrungsaustausch nützt allen“).

Die Geber nahmen die INTOSAI-Präsentation wohlwollend auf und begrüßten die Initiative der INTOSAI. Sie stimmte mit ihren eigenen Grundsätzen und Programmen zur Korruptionsbekämpfung und Verbesserung der Regierungsführung sowie der Haushaltskontrolle und Transparenz überein. Als nächsten Schritt erklärten sich die Geber damit einverstanden, eine schriftliche Antwort auf das INTOSAI-Papier in Form eines „Fahrplans für gemeinsame Geberinstrumente“ zu erstellen. Das Papier der Geber soll konkrete Einzelheiten der vorgeschlagenen Partnerschaft zwischen INTOSAI und den Gebern benennen, insbesondere die Verwaltung treuhänderisch überlassener Fördermittel, die technische Abwicklung und damit zusammenhängende Fragen. Das Antwortpapier soll spätestens im August 2008 für die Prüfung durch die INTOSAI erstellt werden und dann als Grundlage für ein Folgetreffen zwischen der INTOSAI und den Gebern im Oktober 2008 in London dienen. Aufgrund dieser Terminplanung wird dem INTOSAI-Präsidium bei seiner Sitzung im November 2008 in Wien ein formeller Vorschlag vorliegen.

Eine Arbeitsgruppe der Geberinstitutionen, der die Weltbank, die kanadische Agentur für internationale Entwicklung und das britische Ministerium für internationale Entwicklung angehören, wird die Federführung bei der Erstellung des Papiers der Geber übernehmen und dazu die Vorsitzenden des Finanz- und Verwaltungsausschusses der INTOSAI sowie der Task Force zur Geberfinanzierung konsultieren.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Kontaktaufnahme mit der Task Force unter [drachd@gao.gov](mailto:drachd@gao.gov).

## **Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption**

Im November 2007 wandelte sich die INTOSAI Task Force zur Bekämpfung der internationalen Geldwäsche in eine ständige Arbeitsgruppe um und erweiterte ihren Zuständigkeitsbereich auf Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung. Die Arbeitsgruppe hielt ihre erste Sitzung Anfang März 2008 in Lima/Peru ab – der Heimat ihres Vorsitzenden Dr. Genaro Matute – und erarbeitete den Entwurf eines Arbeitsplans für 2008 bis 2011. Der Plan hat folgende vier Ziele:

- Förderung der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung der Mitglieder zur Vorbeugung gegen und Aufdeckung von Geldwäsche und Korruption sowie des einschlägigen Informationsaustauschs und die Entwicklung von Typologien

und Leitlinien für die Arbeit der ORKB. Zu den geplanten Maßnahmen gehört die Schaffung eines virtuellen Forums für den Meinungs- und Ideen-Austausch allgemeiner Fragen.

- Förderung der Zusammenarbeit zwischen der INTOSAI und internationalen Organisationen, die im Bereich der Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche tätig sind. Zu den geplanten Maßnahmen gehören das Erkennen und die Entwicklung möglicher Kommunikations- und Kooperationswege mit wesentlichen internationalen Partnern der Arbeitsgruppe.
- Feststellung nationaler Vorschriften, Grundsätze, Strategien und Programme, mittels derer die ORKB Korruption und Geldwäsche aufdecken und vermeiden können. Zu den geplanten Maßnahmen gehören zum einen die Durchführung einer Umfrage unter ORKB zu deren Aktivitäten, Programmen, Strategien und Grundsätzen für die Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption und zum andern die Sammlung von Vorschriften und juristischer Hintergrundinformationen bei den ORKB.
- Festlegung einschlägiger Schulungsprogramme zu den Themen Geldwäsche und Korruption. Zu den geplanten Maßnahmen gehören die Erstellung einer Liste von Schulungsprogrammen und Zertifizierungen für die Aufdeckung und Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption und die Veröffentlichung dieser Liste auf der Internetseite der Arbeitsgruppe.

Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe soll Ende Juli 2008 in Kairo/Ägypten stattfinden.

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der Arbeitsgruppe: [www.contraloria.gob.pe/task\\_force/index.htm](http://www.contraloria.gob.pe/task_force/index.htm).

---

*Fortsetzung von S 24*

Der Kongress nahm einstimmig das Angebot des portugiesischen Rechnungshofes an, den VIII. EUROSAI-Kongress 2011 in Lissabon auszurichten. Eine Videopräsentation dieses sehenswerten Landes sowie ein Konzert des polnischen Pianisten Joachim Mencil, der Stücke von Chopin sowie eigene Kompositionen spielte, rundeten das Kongressprogramm ab.

Weitere Informationen finden sich auf der Kongress-Website: [www.eurosai2008.pl](http://www.eurosai2008.pl).

## **Gemeinsame Entwicklung von Modell-Prüfungsakten bzw. -dateien durch IDI und AFROSAI-E**

In 2007, IDI and AFROSAI-E (the regional working group Im Jahr 2007 haben die IDI und AFROSAI-E (die Regionalorganisation englischsprachiger afrikanischer ORKB) gemeinsam ein Handbuch zur Durchführung regionaler und die ORKB betreffenden Qualitätskontrollen zur Ordnungsmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfung erarbeitet. Anfang April 2008 traf sich ein Team aus fünf regionalen Fachleuten für Ordnungsmäßigkeitsprüfungen, einem externen Sachverständigen und Mitarbeiter der IDI in Südafrika zu einem einwöchigen Workshop, um zwei Modell-Prüfungsakten bzw. -dateien für die Ordnungsmäßigkeitsprüfung zu erstellen. Diese Arbeitshilfen wurden gemäß den neuesten Prüfungsnormen entwickelt und werden allen ORKB in der Region zwecks Verbesserung der Qualität ihrer Ordnungsmäßigkeitsprüfungen zur Verfügung gestellt.

## **Gemeinsames Bedarfsermittlungsprogramm von IDI und ARABOSAI**

Die IDI und ARABOSAI führen gemeinsam ein Bedarfsermittlungsprogramm für 18 ORKB aus der Region durch. Es geht dabei um die Feststellung des Bedarfs für den Ausbau der Sachkompetenzen, die Entwicklung eigener Fähigkeiten zur Bedarfsermittlung und das Erkennen künftiger geeigneter Kooperationsprogramme. Weil das Bedarfsermittlungsprogramm auf starkes Interesse stößt, sind die beteiligten ORKB in zwei Gruppen aufgeteilt worden.

Teams der ersten Gruppe von ORKB nahmen im Februar 2008 an einem zweiwöchigen Workshop zur Bedarfsermittlung in Marokko teil. Dort wurden sie in der Durchführung von Bedarfsermittlungen unter Nutzung der von der IDI entwickelten und an die Verhältnisse bei ARABOSAI angepassten Arbeitshilfen (global needs assessment framework und toolkit) geschult. Ende Juni und Anfang Juli 2008 tagten die Teams eine Woche lang in Libyen, um die von ihnen nach dem Workshop im Februar durchgeführten Bedarfsermittlungen zu überprüfen. Die zweite Gruppe von ORKB nahm im April 2008 an dem Workshop zur Bedarfsermittlung in Tunesien teil und arbeitet derzeit an Bedarfsermittlungen, die sie bei ihrem Folgetreffen im laufenden Jahr vorlegen wird.

## **Workshop zur Erarbeitung eines weltweit gültigen Handbuches für strategische Planung**

Ein Team von Fachleuten aus den Organisation IDI, AFROSAI-E, CAROSAI, OLACEFS und ARABOSAI tagte im Mai 2008 eine Woche in Oslo, um ein Handbuch für strategische Planung zu verfassen, welches als Arbeitshilfe sowohl für einzelne ORKB als auch für die Regionalorganisationen der INTOSAI dienen kann. Dieses Handbuch beruht auf dem von der IDI bereits genutzten Modell und den von ihr bei der Durchführung von Programmen für strategische Planung in zehn AFROSAI-E bzw. CAROSAI Ländern in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen. Die IDI wird die entwickelten Arbeitshilfen überprüfen und Kopien an die INTOSAI-Regionalorganisationen verteilen.

## **Gemeinsamer Workshop von IDI und AFROSAI-E zur Anpassung einer Arbeitshilfe**

Die AFROSAI-E nutzt seit einiger Zeit eine Arbeitshilfe zur institutionellen Stärkung. Diese dient zur Feststellung des Bedarfs und des Entwicklungsniveaus von ORKB in der Region. Nach der Erprobung des Modells für die Bedarfsermittlung und des einschlägigen Instrumentariums in der Region wurde die Notwendigkeit einer Überprüfung und teilweisen Änderung des Modells und Instrumentariums aufgrund der gemachten Erfahrungen

## **IDI UPDATE**



IDI Update informiert über die Entwicklungen bei der Tätigkeit und den Programmen der INTOSAI Entwicklungsinitiative. Nähere Einzelheiten über die IDI und aktuelle Informationen zwischen den Ausgaben dieser Zeitschrift finden sich auf der IDI-Website unter : [www.idi.no](http://www.idi.no).

erkannt. Dementsprechend trafen sich fünf Fachleute aus der Region, zwei Vertreter aus dem Sekretariat von AFROSAI-E, Vertreter von Partnerinstitutionen und Mitarbeiter der IDI im Mai 2008 zu einer siebentägigen Sitzung in OSLO. Bei der Sitzung wurde ein abgeändertes ergebnisorientiertes Modell entwickelt, welches die IDI und AFROSAI-E bei allen künftigen einschlägigen Aktivitäten in der Region anwenden werden.

### **Gemeinsames Bedarfsermittlungsprogramm von IDI und OLACEFS**

Dieses Jahr werden IDI und OLACEFS ein Bedarfsermittlungsprogramm durchführen, um den innerhalb von OLACEFS bestehenden Bedarf für den Ausbau von Sachkompetenzen festzustellen und in der Region Kapazitäten für die Durchführung von Bedarfsermittlungen aufzubauen. Dies soll durch die Schulung einer Anzahl von ORKB Mitarbeitern in Methoden und Techniken der Bedarfsermittlung geschehen. Bei einem dreitägigem Treffen von Vertretern des Sekretariats des regionalen Fortbildungsausschusses (Peru) und Mitarbeitern der IDI im April 2008 in Oslo wurde über die weitere Vorgehensweise beraten. Im Juni fand in Lima/Peru ein zweiwöchiges Konzeptentwicklungstreffen statt, um das Instrumentarium der IDI an die Gegebenheiten innerhalb der OLACEFS anzupassen und einen zweiwöchigen Workshop zum Thema Bedarfsermittlung zu planen, der später in diesem Jahr für Teams einzelner ORKB abgehalten werden soll.

### **Gemischtes Lernprogramm von IDI und ASOSAI für die Dozentenschulung**

Auf dringendes Ersuchen der ASOSAI um Hilfe beim Aufbau einer neuen Gruppe von durch die IDI zertifizierten Fortbildungsfachleuten führt die IDI als Pilotprojekt einen teils aus E-Learning, teils aus herkömmlichem Unterricht bestehenden Fortbildungskurs durch. Es ist der dritte im Bereich von ASOSAI durchgeführte Kurs für die Dozentenschulung. Alle Teilnehmer absolvieren eine auf das Internet gestützte Vorbereitungsphase, bevor sie später im Laufe des Jahres an einem Workshop für die Planung und Gestaltung von Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen. Die Auswahl der Teilnehmer aus den in das Fortbildungsprogramm einbezogenen ORKB erfolgte durch ein über das Internet abgewickelter Auswahlverfahren.

### **Kontakte der IDI mit der INTOSAI-Gemeinschaft**

Im Zuge der Anstrengungen der IDI zur Zusammenarbeit mit Partnern innerhalb der INTOSAI-Gemeinschaft, nahmen Vertreter der IDI in letzter Zeit an folgenden Sitzungen teil und berichteten dort dem SPASAI-Kongress (Cook-Inseln), der karibischen Regionalkonferenz für öffentliches Finanzmanagement (St. Lucia) sowie der AFROSAI Interessengruppen-Tagung zu finanzwirtschaftlichen Fragen. Der Sitzung des Steuerausschusses der INTOSAI-Arbeitsgruppe zur Umweltprüfung (Estland), der Sitzung der INTOSAI-Arbeitsgruppe zur IT-Prüfung (Japan), der Sitzung des Unterausschusses für Wirtschaftlichkeitsprüfung (Brasilien), dem VII. EUROSAI-Kongress (Polen) sowie der Tagung von INTOSAI und anderen Geberinstitutionen zur externen Finanzierung entwicklungspolitischer Aktivitäten (Schweiz).

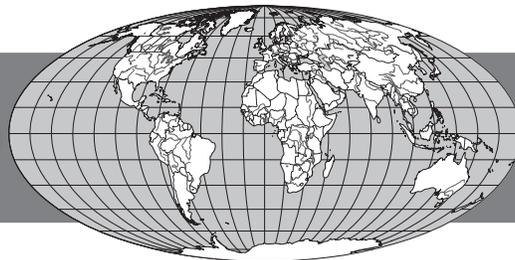
### **Kontakt zu IDI**

Mit Fragen oder Beiträgen zu den Inhalten dieser Ausgabe des IDI-Update wenden Sie sich bitte an IDI:

E-mail: [idi@idi.no](mailto:idi@idi.no)

Website: [www.idi.no](http://www.idi.no)

# INTOSAI Veranstaltungen 2008-2009



Juli	August	September
<p>1.-2. Treffen der Arbeitsgruppe über die Rechenschaftspflicht und Prüfung von Katastrophenhilfe, Luxemburg</p> <p>7.-9. 20. Commonwealth Auditors-General Konferenz, Bermuda</p>	<p>11. Treffen der VN/INTOSAI-Plattform, Wien, Österreich</p> <p>12. Treffen der INTOSAI Task Force Kommunikationsstrategie, Wien, Österreich</p> <p>13.-14. 58. Tagung des Präsidiums der INTOSAI, Wien, Österreich</p>	<p>Dezember</p>
Oktober	November	Dezember
<p>21.-23. Treffen des Steuerungskomitees des Komitees für Fachliche Normen (PSC), Peking, China</p> <p>29. Treffen des Steuerungskomitees des Komitees für den Ausbau von Sachkompetenzen, Rabat, Marokko</p> <p>DWB 11. AFROSAI Generalversammlung, Südafrika</p>	<p>11. Treffen der VN/INTOSAI-Plattform, Wien, Österreich</p> <p>12. Treffen der INTOSAI Task Force Kommunikationsstrategie, Wien, Österreich</p> <p>13.-14. 58. Tagung des Präsidiums der INTOSAI, Wien, Österreich</p>	<p>Dezember</p>

## 2009

Januar	Februar	März
<p>25.-29. 12. Treffen der Arbeitsgruppe Umweltprüfung, Doha, Katar</p>	<p>11.-13. 20. VN/INTOSAI Symposium, Wien, Österreich</p>	<p>17.-19. Treffen der Arbeitsgruppe Privatisierung, Wirtschaftsregulierung und Public Private Partnerships (PPP), Moskau, Russische Föderation</p>

*Anmerkung des Herausgebers:* Dieser Veranstaltungskalender ist ein Baustein der Kommunikationsstrategie der INTOSAI und soll zu einer besseren Terminvorschau und –abstimmung beitragen. Diese regelmäßig erscheinende Rubrik der Zeitschrift enthält INTOSAI-Veranstaltungen und Veranstaltungen der Regionalorganisationen wie Kongresse, Generalversammlungen und Präsidialtagungen. Aus Platzgründen können die zahlreichen regionalen Schulungsveranstaltungen keine Berücksichtigung finden. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte das Generalsekretariat der jeweiligen Regionalen Arbeitsgruppe.